



Courage zeigen



Verantwortung
übernehmen



Nächstenliebe
leben



Demokratie gewinnt!

Diakonie in der Auseinander-
setzung mit Diskriminierung
und Rechtsextremismus

**Diakonie für
Menschen**

**[www.demokratie-
gewinnt.de](http://www.demokratie-
gewinnt.de)**

Mai 2015

Inhaltsverzeichnis

5	Vorwort
6	Statements zu „Demokratie gewinnt!“
9	Teil 1 Warum „Demokratie gewinnt!“
10	„Demokratie gewinnt!“ – Die Diakonie tritt Rechtsextremismus und Diskriminierung konsequent entgegen
12	Kirche und Diakonie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Diskriminierung
16	Die vier Projekte aus den Landesverbänden stellen sich vor <ul style="list-style-type: none"> ■ „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ ■ „Demokratie gewinnt! In Mecklenburg-Vorpommern!“ ■ „Demokratie gewinnt! Demokratiestifter in Sachsen!“ ■ „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“
25	Seminarberichte aus den Landesverbänden <ul style="list-style-type: none"> ■ Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz: Arbeitsfeldbezogene Angebote ■ Diakonie Mecklenburg-Vorpommern: Rechtsextremismus in Jugendszenen ■ Diakonie Mitteldeutschland: Die Rolle der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ■ Diakonie Sachsen: Neue Handlungsräume eröffnen
33	Teil 2 Hintergründe
34	Pluralistische Demokratie: Demokratie der Vielfalt
36	Im Überblick: Rechtsextremismus
40	Geschlechterrollen im modernen Rechtsextremismus: „Richtige Kerle“ und „wahre Frauen“ und was das mit Sozialer Arbeit zu tun haben kann
43	Rassismus
48	Schwierige Balance: Zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen
52	Zum Weiterlesen
54	Impressum
55	Kontaktadressen

In dieser Broschüre wird manchmal nur eine Form der Bezeichnung gewählt, diese meint aber stets gleichberechtigt Frauen und Männer.





Vorwort

„Demokratie gewinnt!“ – unter dieser gemeinsamen Losung finden seit dem Frühjahr 2013 in den ostdeutschen Landesverbänden unter Koordination der Diakonie Deutschland Projekte statt.

Im Mittelpunkt von „Demokratie gewinnt!“ stehen Fortbildungsveranstaltungen für ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende diakonischer und kirchlicher Einrichtungen. Ziel ist es, Mitarbeitende dazu auszubilden, auf Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung angemessen reagieren zu können und im Verband der Diakonie für diese Themen zu sensibilisieren: Wie reagiere ich, wenn sich ein Klient einer Beratungsstelle diskriminierend verhält? Was ist zu tun, wenn sich jemand rassistisch äußert? Wie gelingt demokratisches Engagement? Die Teilnehmenden der Veranstaltungen entwickeln Ideen, wie zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt werden kann, trainieren das Argumentieren gegen Stammtischparolen, erwerben Kenntnisse über verschiedene Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und alltäglichem Rassismus. Sie diskutieren über Diskriminierung im Alltag und setzen sich mit ihrer Rolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auseinander: Die Teilnehmenden von „Demokratie gewinnt!“-Seminaren werden zu verbandsinternen Ansprechpersonen für die Themen Rechtsextremismus, Anti-Diskriminierung und Demokratieförderung. Sie beraten und unterstützen ihre Kolleginnen und Kollegen zu diesen Fragen.

Rechtsextremes Denken verherrlicht Krieg und Gewalt, es ist rassistisch und antisemitisch, es propagiert die Ungleichwertigkeit der Menschen. Jegliche Form von Diskriminierung steht im Widerspruch zur christlichen Botschaft. Die Diakonie betrachtet deshalb die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, mit Diskriminierung sowie mit Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Querschnittsaufgabe.

Die vorliegende Broschüre soll dazu dienen, sowohl die Projekte in den diakonischen Landesverbänden zu präsentieren als auch Hintergrundinformationen zu den Themen Diskriminierung, Rechtsextremismus und Demokratieförderung zu liefern.

Im ersten Teil der Broschüre stellen sich zunächst die Projekte selbst vor. In weiteren Texten werden anhand von Beispielen Inhalte der Seminarreihen beschrieben. Ergänzt wird dies im zweiten Teil des Heftes durch Hintergrundtexte unter anderem zum Demokratiebegriff, zur Frage, was Rassismus eigentlich ist, sowie zum Umgang mit rassistischen oder rechtsextremen Vorfällen.

Die Projekte im Rahmen von „Demokratie gewinnt!“ werden gefördert durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogrammes „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ich wünsche dieser Broschüre eine breite Aufnahme in der Praxis, sodass von ihr wirksame Impulse für das kirchliche und diakonische Engagement für Demokratie ausgehen können.

Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik
Diakonie Deutschland

Statements zu „Demokratie gewinnt!“

Warum ist es wichtig, dass sich Kirche und Diakonie gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren und für Demokratie, Vielfalt und Toleranz stark machen? Antworten geben Unterstützerinnen und Unterstützer von „Demokratie gewinnt!“.



Foto: Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens

Ich unterstütze „Demokratie gewinnt!“ für die Diakonie und Landeskirche in Sachsen, weil Menschen benötigt werden, die zwischen den Kulturen Brücken bauen und Vorurteile abbauen.

Jochen Bohl,
Landesbischof Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens



Foto: Diakoniewerk Stargard

„Demokratie gewinnt!“ ist gut, weil wir den Diskussionen mit rechtem Gedankengut nicht aus dem Wege gehen können – und auch nicht wollen.

Christoph De Boor,
Geschäftsführer
Diakoniewerk Stargard



Foto: Diakonie Sachsen

Ich unterstütze „Demokratie gewinnt!“, weil Demokratie nichts Selbstverständliches ist.

Friedhelm Fürst,
Kaufmännischer Vorstand
Diakonie Sachsen



Foto: Diakonie Mitteldeutschland

Das Projekt „Demokratie gewinnt!“ ist gut, weil es ein Thema aufgreift, das unsere ungebrochene Aufmerksamkeit erfordert und uns alle als Christen und Demokraten angeht – auch und besonders in der Mitte der Gesellschaft. Es fordert auf, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung aktiv zu werden und sich für Demokratie, Vielfalt und Toleranz stark zu machen.

Oberkirchenrat
Eberhard Grüneberg,
Vorstandsvorsitzender
Diakonie Mitteldeutschland



Foto: Evangelische Kirche Mitteldeutschland

Das Projekt „Demokratie gewinnt!“ ist gut, weil es vom Zuschauen zum Handeln, von Passivität zu Aktivität und von Gleichgültigkeit zum Engagement für den Nächsten führt. Es macht Christen und Nichtchristen Mut, sich gemeinsam für Demokratie und Menschenwürde einzusetzen.

Ilse Junkermann,
Landesbischöfin der
Evangelischen Kirche in
Mitteldeutschland



Foto: Evangelische Kirche Mitteldeutschland

Das Projekt „Demokratie gewinnt!“ halte ich für gut, weil es zuerst in unseren eigenen Reihen und grundlegend bei Demokratie ansetzt. Ich finde es wichtig, dass Menschen für den Umgang mit rechtsextremem Denken und Handeln in Methoden ausgebildet und bestärkt werden, die einer demokratischen Gesellschaft angemessen sind.

Oberkirchenrätin
Martina Klein,
Dezernentin für den Bereich
Bildung in der Evangelischen
Kirche in Mitteldeutschland



Foto: Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Das Projekt „Demokratie gewinnt!“ ist gut, weil es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diakonischen Einrichtungen Unterstützung gibt, sich gegen Rechtsextremismus, Intoleranz und Rassismus zur Wehr zu setzen. Dieser ständigen Herausforderung stellen wir uns am besten gemeinsam – Diakonie und Kirche wirken tatkräftig daran mit.

Martin Matz,
Vorstand Diakonie Berlin-
Brandenburg-schlesische
Oberlausitz



Foto: Pommerscher Evangelischer Kirchenkreis/Sebastian Kühl

Ich unterstütze das Projekt „Demokratie gewinnt!“, weil menschenverachtendem Gedankengut in Mecklenburg-Vorpommern keine Chance gegeben werden darf. Dieses Bildungsprojekt gibt den Mitarbeitenden in Kirche und Diakonie die Möglichkeit, sich fortzubilden, um so ihren Anteil an der Festigung und Weiterentwicklung unserer schützenswerten pluralistischen Gesellschaft beizutragen.

Helga Ruch,
Pröpstin Evangelisch-
Lutherische Kirche in
Norddeutschland



Foto: Diakonie Mecklenburg-Vorpommern

Ich unterstütze das Projekt „Demokratie gewinnt!“, weil sowohl die Kirche als auch ihre diakonischen Einrichtungen Teil dieser demokratischen Gesellschaft sind. Wir haben vor allem durch unsere christlichen Werte die Möglichkeit, diese Gesellschaft positiv mitzugestalten und gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung Position zu beziehen.

Martin Scriba,
Landespastor Diakonie
Mecklenburg-Vorpommern



Foto: Diakonie Sachsen

„Demokratie gewinnt!“ ist für den Landesverband Sachsen wichtig, weil hier Mitarbeitende der Diakonie darin geschult werden, extremistische Einstellungen zu erkennen, ihnen argumentativ zu begegnen und Wege des Umgangs damit im jeweils eigenen Arbeitsfeld zu gewinnen. Freiheitliches Denken und politische Selbstbestimmung zu schulen und zu stärken, ist nach Jahrzehnten unterschiedlicher Diktaturen wichtig, wenn das demokratische Miteinander gelingen soll.

Oberkirchenrat
Christian Schönfeld,
Direktor Diakonie Sachsen



Foto: Evangelische Kirche Mitteldeutschland

Ich unterstütze das Projekt „Demokratie gewinnt!“, weil ich der Überzeugung bin, dass Freiheit und die Möglichkeit zu verantwortlicher Teilhabe an der Gestaltung unseres Gemeinwesens immer wieder neu mit Leben gefüllt werden müssen. Demokratie ermöglicht Teilhabe. Demokratie verlangt Einsatz. Ohne diesen Einsatz würde das Fundament brüchig, auf dem das Haus unseres Gemeinwesens steht.

Oberkirchenrat
Albrecht Steinhäuser,
Beauftragter der
Evangelischen Kirchen in
Sachsen-Anhalt



Foto: Evangelische Kirche Mitteldeutschland

Ich unterstütze das Projekt „Demokratie gewinnt!“, weil die Demokratie – und damit wir alle – verlieren, wenn wir nur am Rande stehen. Demokratie bleibt nur dann lebendig, wenn viele Menschen sie zu ihrer eigenen Sache machen, sich einmischen in die eigenen Angelegenheiten. 20 Jahre nach der friedlichen Revolution ist der „demokratische Humus“ in unserem Land noch dünn. Als Christen sind wir berufen, „der Stadt Bestes“ zu suchen – deshalb darf uns der Einsatz für Demokratie und gegen Rechtsextremismus etwas wert sein.

Oberkirchenrat
Christhard Wagner,
Beauftragter der
Evangelischen Kirchen im
Freistaat Thüringen

Teil 1

Warum Demokratie gewinnt



**Diakonie-Projekte
engagieren sich gegen
Diskriminierung und
Rechtsextremismus**

Foto: Diakonie / Hermann Bredehorst

Die vier Projekte aus den ostdeutschen Landesverbänden stellen sich vor. In ihrer vielfältigen Seminararbeit bildet die Diakonie gezielt Mitarbeitende aus.

„Demokratie gewinnt!“

Die Diakonie tritt Rechtsextremismus und Diskriminierung konsequent entgegen

Sarah Schneider

Diskriminierung und Alltagsrassismus gibt es bis in die Mitte der Gesellschaft. Auch Mitarbeitende im sozialen Bereich sind damit konfrontiert. Durch Fortbildungen stärkt die Diakonie ihren Einsatz für Demokratie.

„Nein, dieses Kanaken-Brot esse ich nicht!“ Solche Äußerungen hört Lisa Wegener* immer mal wieder. Wegener arbeitet in einer evangelischen Kirchengemeinde, engagiert sich für Obdachlose, Bedürftige, Flüchtlinge. Dort treffen Menschen unterschiedlicher Nationen aufeinander. Armut und Not der Menschen sind oft groß. Rassistische Anfeindungen untereinander bleiben nicht aus. Wegener ist auch persönlich geprägt: Selbst als Tochter eines Flüchtlings aufgewachsen, erlebte sie früh diskriminierendes und rassistisches Verhalten – in der eigenen Familie. „Mein Vater stammt aus einer rechtskonservativen Familie. Und obwohl er selbst als Flüchtling nach Deutschland kam, wurde er zu einem Rassisten“, sagt Wegener. Als Teenager brach sie den Kontakt ab, nahm diesen erst wieder auf, als sie schwanger wurde. Die erste Frage ihres Vaters: „Du bist aber nicht mit einem Neger zusammen?“

Auch unreflektierte Äußerungen und Verhaltensweisen können diskriminieren

Dort, wo Sabine Horn* und Annika Schüller* arbeiten, wird Toleranz großgeschrieben. Sie gehören zum psychologischen Dienst einer diakonischen Einrichtung für berufliche Rehabilitation. In dem Berufsbildungswerk werden Auszubildende auf den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet. Viele der Jugendlichen haben Entwicklungsstörungen, psychische Erkrankungen oder sind autistisch. Ein toleranter und fairer Umgang miteinander ist in der Hausordnung festgeschrieben. „Das wird auch im täglichen Miteinander gelebt“, sagt Horn. Dennoch würden sich die Jugendlichen auch mal beleidigen: „Du Spast, wie behindert bist du denn!“ In der Klasse einer Kollegin kam ein Schüler mit einem Thor-Steinar-Shirt zum Unterricht – die

Marke gilt als rechtsextremes Erkennungsmerkmal. Ein offenes Gespräch zwischen Lehrerin und Schüler zeigte: Bewusst war dem Jungen nicht, was er da trug. Er war erschrocken. Von wem und mit welcher Absicht der Junge das T-Shirt erhalten hat, können Horn und Schüller nur spekulieren.

Diskriminierung und Alltagsrassismus betreffen auch Mitarbeitende der Diakonie

„Diskriminierung und Alltagsrassismus reichen bis in die Mitte unserer Gesellschaft“, sagt Ingo Grastorf vom Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz. Zwangsläufig betreffen diese Themen auch Mitarbeitende der Diakonie. „Das gibt es im Kitabereich und in der Jugendhilfe genauso wie in der Pflege oder der Arbeit in Beratungsstellen“, sagt Grastorf. Er leitet das Projekt „Demokratie gewinnt! In Brandenburg“. Dieses Fortbildungsprogramm hat die Diakonie initiiert, um ihre Mitarbeitenden im Umgang mit Rechtsextremismus, Diskriminierung und Rassismus zu schulen.

Die Seminare sollen Handwerkszeug vermitteln

„Stellt euch vor, ein Kollege sagt zu euch, er habe bei der letzten Wahl 'natürlich', die NPD gewählt.“ Eva Prausner und Wiebke Eltze leiten zusammen das Seminar „Argumentationstraining gegen rechte Parolen“ und erklären die Aufgabe für die rund 10 Teilnehmenden: Sie sollen entscheiden, wie sie auf die vorgegebene Situation reagieren würden. Auf eine Diskussion mit dem Kollegen einlassen? Sich lediglich klar positionieren, aber nicht diskutieren? Oder diese Äußerung einfach ignorieren? Die meisten Teilnehmenden entscheiden sich zu diskutieren. „Die Äußerung kann ich so nicht stehen lassen“, sagt eine Teilnehmerin. „Für mich ist meine Arbeit bei der Diakonie auch mit einem Bildungsauftrag verbunden.“ Sie fühle sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet. Einige Teilnehmende würden sich zwar klar positionieren, nicht aber auf eine Diskussion mit dem Kollegen einlassen. „Ich würde die Situation lieber mit etwas mehr Distanz und sehr sachlich klären“, sagt ein Teilnehmer.

Wichtig ist es, sachlich zu bleiben und die eigene Position gut zu begründen

Eva Prausner und Wiebke Eltze geben Tipps, um die Situation zu lösen: Wichtig sei es, nachzuhaken. Warum wählt der Kollege die NPD? Dies bringe den Kollegen in Erklärungsnot – und man selbst gewinne ein wenig Zeit, sich zu überlegen, wie man weiter reagiert. Hilfreich sei auch die so genannte subversive Verunsicherungspädagogik. „Angenommen, die Mutter des Kollegen kommt aus Polen – fragt ihn doch mal, wie seine Einstellung zur NPD damit zusammenpasst!“, nennt Eltze ein Beispiel. Dies verunsichere den Kollegen und zwingt ihn, seine eigene Meinung zu hinterfragen. Ein weiterer Rat der Referentinnen: Sachlich bleiben und die eigene Position gut nachvollziehbar begründen.

Dieser Tipp war für Lisa Wegener besonders wichtig. Sowohl die Erfahrungen bei ihrer Arbeit in der Kirchengemeinde als auch mit ihrem rassistischen Vater haben sie veranlasst, das Fortbildungsprogramm von „Demokratie gewinnt!“ zu nutzen. Sie hat bereits mehrere Seminare besucht und als sehr hilfreich empfunden. „Ich bin rassistischen Äußerungen zwar schon immer entschieden entgegengetreten“, sagt sie. Einmal habe sie sogar Hausverbot erteilt. „Oft aber habe ich viel zu emotional reagiert und vergessen, sachlich zu bleiben.“

Das Gelernte auch im privaten Umfeld nutzen

Auch Sabine Horn und Annika Schüller nehmen am Projekt „Demokratie gewinnt!“ teil. Sie wollen das Gelernte mit anderen Kolleginnen und Kollegen teilen, sagt Schüller. Allerdings würde sie sich noch mehr Fakten wünschen, um bei Diskussionen fundiert argumentieren zu können. Manchmal fehle ihr diese Argumentationsgrundlage. Für Lisa Wegener ist es zudem wichtig, die Themen Rassismus und Diskriminierung generell ins Gespräch zu bringen. „Das darf in unserer Gesellschaft nicht immer nur zu Anlässen Thema sein – sondern täglich.“

* Namen von der Redaktion geändert

Aufklärungsarbeit leisten



Foto: S. Giersch, Dresden

Demokratie gewinnt! – das klingt so einfach und ist es doch nicht. Ja, wir leben in einer Demokratie, aber sind wirklich alle politischen Entscheidungen für unsere Mitmenschen nachvollziehbar, gerecht und akzeptabel? Wie wichtig und gleichzeitig schwierig es ist, Rechtsgüter gegeneinander abzuwägen, die Anwendung der Menschenrechte zu leben und Toleranz zu üben, wurde mir im Kurs nochmals nahegebracht. Auch Antworten auf die Frage nach Argumentationsmöglichkeiten wurden gegeben und geübt. Denn von einer guten Sache überzeugt zu sein, bedeutet noch nicht, dass andere Menschen genauso denken.

Tagtäglich begegnen wir Rassismus, Ausgrenzung und Benachteiligung. Ich möchte Aufklärungsarbeit leisten, Wissen vermitteln und zum Nachdenken anregen. Als Einrichtungsleiterin in der stationären und ambulanten Jugendhilfe bei der Kinderarche Sachsen e.V. treffe ich mit Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten und anderen Kulturen zusammen. Alle haben bestimmte Vorstellungen, Ziele und Interessen. Auch hier gilt es, Demokratie zu stiften. Soziales Engagement ist eine wichtige Grundlage einer Gesellschaft, in der Kinder eine unbeschwertere Kindheit erleben sollen. Der Schutz der Familie, das Recht auf Bildung und Teilhabe ohne Ausgrenzung müssen in einer demokratischen Gesellschaft gewährleistet sein – und dafür trete ich ein.

Cornelia Heidrich,
Einrichtungsleiterin, Kinderarche Sachsen

Kirche und Diakonie in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Diskriminierung

Henning Flad

Warum sollten sich gerade Kirche und Diakonie mit Rechtsextremismus und Diskriminierung befassen? Welchen Bezug hat Kirche zu diesen Themen? Im Folgenden soll diskutiert werden, warum die Ansiedelung von Projekten zur Demokratieförderung gerade bei der Diakonie sinnvoll ist.

Kirche und Diakonie stehen in einer besonderen Verantwortung, sich für Demokratie und Zivilgesellschaft einzusetzen und gegen Rechtsextremismus und Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Das gilt sowohl für die inhaltliche als auch die praktische Ebene.

Kirchenangehörige engagieren sich seit Langem gegen Rechtsextremismus. In Ostdeutschland setzten sich nach 1989 viele Initiativen für Demokratie ein, ihre Mitglieder stellten sich – oft mit großem persönlichem Risiko – Neonazis in den Weg. In diesen Initiativen waren und sind Angehörige der Evangelischen Kirche, vor allem Theologinnen und Theologen, weit überrepräsentiert, vor allem wenn man die geringe Zahl der Mitglieder der Evangelischen Kirche in Ostdeutschland bedenkt. Aber auch in den westdeutschen Initiativen gegen Rechts sind die Kirchen sehr präsent.

Im kirchlichen Raum gibt es eine Vielzahl von sehr aktiven Initiativen, die sich kritisch mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Viele von ihnen haben sich in der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus zusammengeschlossen, die 2010 gegründet wurde. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und die Landeskirchen verurteilen regelmäßig mit großer Klarheit den Rechtsextremismus und sprechen sich gegen alle Formen von Diskriminierung aus.

All dies zeigt, dass die kritische Beschäftigung mit Rechtsextremismus und das Eintreten für Demokratie zu den zentralen Anliegen vieler Kirchenmitglieder gehören. Diese Werte finden sich auch in der christlichen Botschaft. „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ – das Gebot der Nächstenliebe ist eindeutig, es enthält keinen Spielraum für die Diskriminierung und Verfolgung von Menschen. Ebenfalls sehr bekannt ist folgende Stelle aus dem 2. Buch Mose: „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen.“ (2. Mose 20, 22) Die Botschaft ist glasklar: Rassismus ist nicht vereinbar mit dem Gebot der Nächstenliebe. Es gibt viele weitere klare Aussagen in der Bibel.

Feindbild Kirche

Rechtsextreme haben dies genau registriert, für sie ist die Kirche deshalb ein Feindbild. Der Neonazi Michael Regener, so etwas wie ein Star der Rechtsrockszene, sagte dazu vor einigen Jahren: „Deutschlands Unglück begann nicht mit dem Marxismus, es begann nicht mit dem Liberalismus, es begann an dem Tag, da rassefremde Elemente unsere germanischen Vorfahren dazu zwangen, bestimmte Dinge zu ‚glauben‘.“

In einem Lied seiner ehemaligen Band Landser heißt es: „Wir wollen Euren Jesus nicht, das alte Judenschwein / Denn zu Kreuze kriechen kann nichts für Arier sein (...) Ein Blitz aus Donars Hammer schlägt in der Kirche ein / Nun bet zu deinem Judengott / Er hört dich nicht, du Christenschwein.“

Dieser extreme Hass ist typisch für den deutschen Neonazismus. Das Neuheidentum, der Bezug auf vorchristliche „Naturreligionen“, spielt eine große Rolle innerhalb der rechtsextremen Szene. Dazu gehören zum Beispiel verschiedene Symbole wie der Thorshammer. Eine Halskette mit dem Thorshammer oder ein T-Shirt mit der Aufschrift „Odin statt Jesus“ wirkt auf Menschen, die sich mit diesen Symbolen nicht auskennen, eher wie Folklore. Tatsächlich aber wird ein Sinnangebot vermittelt. Auch Liedtexte und CD-Cover des

Rechtsrock enthalten ein solches Angebot, das haben verschiedene Analysen nachgewiesen. Zentrum der rechts-extremen „Heilsideologie“ ist die Erlösung durch Tod und Vernichtung des Anderen. Hier können die Kirchen ansetzen: Sie machen ja ebenfalls ein Sinnangebot, im Gegensatz zu den Neonazis aber ein menschenfreundliches, das auf Nächstenliebe und christlichen Werten beruht.

Diakonische Strukturen gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung

Auch auf einer praktischen Ebene sind Kirche und Diakonie in einer guten Position. In strukturschwachen ländlichen Gegenden Ostdeutschlands gibt es nur wenige Akteure, die sich für Demokratie einsetzen können. Hier ist die Zivilgesellschaft – verglichen mit Westdeutschland – eher schwach ausgeprägt, es gibt kaum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, ein Vereinsleben findet selten statt. In einer solchen Situation sind die Kirchen sowie die Wohlfahrts- und Sportverbände im Grunde die einzigen Institutionen, die halbwegs flächendeckend vertreten sind. Ihnen kommt deshalb auch eine besondere Verantwortung zu.

Die Einrichtungen der Diakonie verfügen über vielfältige Ressourcen, um auf Angehörige der rechtsextremen Szene sowie deren direktes und weiteres Umfeld einzuwirken. Dies ist beispielsweise in der sozialpädagogischen Familienhilfe, in der Straffälligenhilfe, der Familien- und Lebensberatung sowie in der Allgemeinen (Jugend-)Sozialarbeit der Fall. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist zugleich Teil der Gemeinwesenarbeit. Auch dort treffen Mitarbeitende bei ihrer alltäglichen Arbeit immer wieder auf rechtsextreme Personen.

Vor dem Start des Projekts „Demokratie gewinnt!“ wurden die Mitarbeitenden der Diakonie aber nicht systematisch auf den Umgang mit rechtsextremen Personen vorbereitet. Dies hatte negative Folgen für eine pädagogische oder politische Bearbeitung: Wer nicht weiß, wen er vor sich hat, kann nicht fragen, was zu tun ist. Für eine gute Gesprächsstrategie, für kluges politisches Agieren ist fundiertes Wissen über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, über Ideologie und jugendkulturelle Milieus eine wesentliche Voraussetzung. Mitarbeitende der Diakonie müssen sicher identifizieren können, ob es sich bei einem Gesprächspartner um einen Anhänger der rechtsextremen Szene handelt. Dafür braucht es nachhaltige Netzwerke in der Diakonie und in diakonischen Einrichtungen, wie sie durch „Demokratie gewinnt!“ aufgebaut werden.

Keine Insel der Glückseligkeit

Doch es geht nicht nur darum, Handlungsbedarf bei anderen zu identifizieren, sondern sich auch selbstkritisch mit den eigenen Anteilen zu befassen. Es ist erfreulich und richtig, dass kirchliche und diakonische Stellungnahmen immer wieder betonen, dass ein grundlegender Widerspruch zwischen christlicher Botschaft und menschenfeindlichen Ideologien besteht. Gleichzeitig lieferten mehrere Untersuchungen aus den letzten Jahren Anhaltspunkte dafür, dass unter Kirchenmitgliedern menschenfeindliches Gedankengut verbreitet ist.

Kirche und Diakonie können also, um den Theologen Christian Staffa zu zitieren, nur Teil der Lösung sein, wenn sie sich auch als Teil des Problems begreifen. Dazu gehört es, sich immer wieder kritisch mit der Geschichte des christlichen Antijudaismus auseinanderzusetzen. Die Kirchen haben zu oft in ihrer Geschichte die Worte aus dem Römerbrief über das christlich-jüdische Verhältnis, „Nicht Du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt Dich“ (Röm 11,18b), nicht ausreichend zur Kenntnis genommen. Sie tragen eine Mitverantwortung für die Geschichte des Antijudaismus und Antisemitismus.

Es ist offenkundig: Rassismus und Antisemitismus, ebenso wie andere menschenfeindliche Ideologien und Strukturen, sind nicht nur ein Randphänomen der Gesellschaft. Dies bestätigen einschlägige Studien. Zwar ist Neonazismus genau das: ein gesellschaftliches Randphänomen. Aber Ideologien der Ungleichheit gibt es auch bei Menschen, die sich in der gesellschaftlichen Mitte positionieren. Diese Menschen engagieren sich auch in Kirche und Diakonie. Und: Mehrere Untersuchungen aus den letzten Jahren deuten an, dass menschenfeindliches Gedankengut unter Kirchenmitgliedern offenbar signifikant weiter verbreitet sein könnte als unter nicht konfessionell gebundenen Menschen. Das gilt für die Verbreitung von Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Diese Ergebnisse überraschen und irritieren, denn dieses Gedankengut steht im Widerspruch zur christlichen Botschaft.

In einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2010 heißt es: „In allen sechs Dimensionen [des Rechtsextremismus, HF] weisen Konfessionslose geringere Werte auf als Anhänger/innen der beiden großen Amtskirchen (...). Katholik/innen zeigen sich dabei antisemitischer und sozialdarwinistischer, während Protestant/innen eher chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen zustimmen.“¹

Die Forschungen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, auf die der Begriff der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zurückgeht, kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Andreas Zick und Beate Küpper schreiben: „Wir können die Beobachtung der Vorurteilsforschung bestätigen, dass Katholikinnen und Katholiken etwas mehr als Protestantinnen und Protestanten und diese etwas mehr als Menschen ohne Religionszugehörigkeit zu traditionellem Antisemitismus neigen.“²

Hier sei allerdings angemerkt, dass dieses Ergebnis – so die Studie – vor allem für Westdeutschland gilt. Zick und Küpper stellen auch fest, dass Sexismus und Homophobie häufiger bei Kirchenmitgliedern als bei Konfessionslosen anzutreffen ist. Ähnliches gilt für die Zustimmung zu rassistischen Aussagen. Hier stimmten Protestantinnen und Protestanten häufiger zu als Katholikinnen und Katholiken, und die wiederum häufiger als Konfessionslose.

Es gibt weitere frappierende Erkenntnisse, denn immer noch kursieren Elemente des alten christlichen Antijudaismus in der Gesellschaft. Eine Studie der Anti-Defamation League aus dem Jahr 2009 zeigte, dass immerhin 15 Prozent der Bundesdeutschen der Meinung sind, dass die Juden an Jesu Tod die Schuld trügen.³ Allerdings ist die Datenlage zu dieser Frage eher schlecht, die einschlägigen Studien aus Bielefeld oder der Friedrich-Ebert-Stiftung fragen dieses Thema schlicht nicht ab.

Schaut man sich Die Daten zur Feindseligkeit gegenüber Muslimen an, zeigen die Daten übrigens in eine andere

Richtung. Danach scheinen nicht-religiöse Menschen eher zu Feindseligkeit zu neigen. Dies ist jedoch durch eine Beobachtung einzuschränken: Wer die einschlägigen islamfeindlichen Websites wie Politically Incorrect liest, stellt fest, dass auffallend viele der Autorinnen und Autoren sich positiv auf das Christentum beziehen.

Die erwähnten Studien und deren Ergebnisse haben die Synode und den Rat der EKD alarmiert. Es wird deshalb gegenwärtig eine Studie zu Einstellungsmustern unter Mitgliedern der Evangelischen Kirche durchgeführt. Diese Studie wird im Herbst 2015 abgeschlossen sein.

Widersprüchliche Daten

Grundsätzlich ist die Datenlage zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit unter Mitgliedern der Evangelischen Kirche unbefriedigend. Außerdem ist die Validität mancher Daten zu hinterfragen. Die Soziologin Hilke Rebenstorf weist darauf hin, dass in der erwähnten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2010 Kirchenmitglieder zwar in allen vier abgefragten Elementen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit höhere Werte als Konfessionslose aufweisen. Zwei Jahre später findet sich in der nächsten Studie aber das genaue Gegenteil.⁴ Sollten wirklich so viele Menschen innerhalb von zwei Jahren ihre Einstellungen geändert haben? Rebenstorf kommt in ihrer Analyse der Daten zu dem Schluss, dass es nicht Religionszugehörigkeit per se ist, die für höhere Werte sorgt, sondern ein besonderer Absolutheitsanspruch auf Wahrheit. Demnach sind es religiöse Fundamentalisten ebenso wie fundamentalistisch orientierte Atheisten, die überdurchschnittlich häufig rassistisch denken.

Auch wenn es zu dem Thema keinen abschließenden Befund gibt: Die christliche Botschaft steht in einem so deutlichen Widerspruch zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und allen Hassideologien, und auch die kirchlichen Erklärungen zu diesen Themen sind so eindeutig, dass das Ziel nur heißen kann: Die Kirche muss ihre christliche Botschaft besser vermitteln. Kirche und Diakonie haben dabei noch

¹ Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, S. 88.

² Zitiert nach Scherr, Albert (2011) Expertise: ‚Verbreitung von Stereotypen über Juden und antisemitischer Vorurteile in der evangelischen Kirche‘, Freiburg i. Br. (2011), S. 10, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/EXpertenkreis_Antisemitismus/scherr.pdf?__blob=publicationFile, eingesehen am 10.3.2015.

³ Anti-Defamation League: Attitudes Towards Jews in Seven European Countries. New York 2009, http://archive.adl.org/Public%20ADL%20Anti-Semitism%20Presentation%20February%202009%20_3_.pdf, eingesehen am 10.3.2015.

⁴ Rebenstorf, Hilke (2015): Christliche Religiosität und Diskriminierungstendenzen – der empirische Kenntnisstand. Unveröffentlichtes Manuskript.

viel Arbeit vor sich und zugleich eine besonders wichtige moralische Verpflichtung. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, stellten im Januar 2015 in einer Erklärung zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zu Recht fest: „Als Christen können wir auch der Frage nicht ausweichen, warum die Verbrechen von Auschwitz auf einem Kontinent geschahen, der seit mindestens einem Jahrtausend vom Christentum geprägt wurde.“



Foto: Diakonie/Hermann Bredehorst

Keine Musterlösungen



Foto: Matthias Stier

Aufgrund der aktuell steigenden Zahl von Asylsuchenden und der damit einhergehenden Errichtung weiterer Asylbewerberunterkünfte höre ich sogar in meinem direkten Umfeld diskriminierende oder rechtsextremistische Äußerungen. Das beunruhigt mich außerordentlich und löst in mir massives Unverständnis aus. Ich frage mich: Wie gehe ich damit um?

Als das Diakonie-Projekt „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ startete, entschloss ich mich deshalb, daran teilzunehmen. Auch wenn das Projekt keine Musterlösung parat haben kann, so befähigt es die Teilnehmenden, in Situationen, in denen sich jemand demokratiefeindlich oder diskriminierend äußert, adäquat reagieren zu können. Es sensibilisiert, deckt auf und gibt verschiedene Argumentationshilfen an die Hand, die selbst Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zum Umdenken bewegen.

Guido Panschuk,
Geschäftsführer Diakonisches Werk Havelland

„Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“

Das Projekt stellt sich vor

Ingo Grastorf

Die Arbeit des Projektes lässt sich am besten mit Beispielen verdeutlichen.

Beispiel 1: Auseinandersetzungen um Flüchtlingswohnheim

Das Szenario: In Groß-Mittelklein* entsteht im ehemaligen Schulgebäude ein Flüchtlingswohnheim. Eine Informationsveranstaltung mit dem Landrat, dem Bürgermeister und dem Pfarrer im Gemeindesaal der Kirche verläuft turbulent. Manche Einwohnerinnen und Einwohner fühlen sich übergangen, andere fragen, wie die erwarteten 80 Flüchtlinge in das Gemeindeleben zu integrieren seien. Die Flüchtlinge sprächen kaum Deutsch und freie Arbeitsplätze gäbe es auch keine mehr, seit das Flachwalzwerk endgültig abgewickelt worden sei.

Schon am Tag nach der Zusammenkunft ist die Facebook-Seite „Nein zum Heim in Groß-Mittelklein“ online und beschwört angeblich drohende Gefahren für Leib und Leben der Anwohner. Es wird vorausgesagt, dass Frauen und Kinder nicht mehr unbeschwert in der Öffentlichkeit unterwegs sein könnten, die neu gebauten Eigenheime in der Nähe der Unterkunft drastisch an Wert verlören und insgesamt ein massiver Einschnitt an Lebensqualität im ansonsten so beschaulichen Ort zu befürchten sei.

Diese Kampagne führt eine größer werdende Gruppe von Sympathisanten in den folgenden Wochen nicht nur im Internet, sondern auch im realen Leben fort. Die Gruppe verteilt Flugblätter vor dem Supermarkt und in den Briefkästen der Anwohner. Bei weiteren Diskussionsabenden tritt sie mit eigens gedruckten T-Shirts in Gruppenstärke auf und schürt mit ihren Redebeiträgen Ängste und Ressentiments.

Was kann in der Kirchengemeinde getan werden, damit innerhalb der Gemeinde eine Akzeptanz für den Ausbau der Flüchtlingsunterkunft geschaffen wird und die Geflüchteten ein Klima des Willkommenseins erwartet?

Beispiel 2: Alltagsrassismus am Arbeitsplatz

Beim gemeinsamen Mittagessen in der Betriebskantine der Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Waldenbrück sitzen die Mitarbeitenden der Einrichtung der Diakonie beieinander. Sie kennen sich, seit die Werkstatt vor 15 Jahren aufgebaut wurde. Schnell kommt das Thema – wieder einmal – auf den neuen Klienten. Dieser heißt José*, ist 17 Jahre alt, und sein Vater stammt aus Angola. Herr Müller*, der die Holzwerkstatt leitet, berichtet seinen Kollegen davon, wie die Gruppe vormittags Werkstücke mit der Feile bearbeitet hat. Dabei hatte sich José offensichtlich leicht verletzt, als er mit der Feile über den Handrücken geriet. Herr Müller berichtet prustend davon: „... da habe ich José kurz geknufft und ihm gesagt: ‚Ist doch nicht so schlimm, ist doch nur die Farbe ab!‘“

Die Kollegin Schmatcke* berichtet aus ihrer Gruppe, in der unter anderem drei junge Männer arbeiten, deren Eltern als Russlanddeutsche in den 1990er Jahren in den Landkreis gezogen waren. In ihren Erzählungen nennt sie diese drei immer wieder „die Koljas“. An dieser Stelle greift die dienstälteste Kollegin in der Runde, Frau Pachella* aus dem Bereich Hauswirtschaft, den Faden auf und berichtet von „ihren Fitschi-Mädchen“ in der Gruppe, die sich immer so besonders viel Mühe geben würden und im Gegensatz zu den „Koljas“ niemals störend auffielen.

Die neue Werkstattmitarbeiterin, Frau Adrian*, fragt sich, ob und wenn ja wie sie ihre Kollegen darauf ansprechen soll, dass sie weder über den Humor von Herrn Müller lachen kann noch die Wortwahl von Frau Schmatcke und Frau Pachella in Ordnung findet. Sie möchte aber nicht als „die Neue mit dem erhobenen Zeigefinger“ wahrgenommen werden.

Dies sind exemplarische Situationen aus dem Arbeitsalltag in Einrichtungen der Diakonie und Kirchengemeinden. Das Projekt „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ greift sie auf und bietet Fortbildungen und Beratung für Mitarbeitende aller Arbeitsfelder in Diakonie und Kirche in Brandenburg an. Diese Fortbildungen sind modular aufgebaut, sodass die



Foto: Diakonie/Hermann Bredehorst

Seminare individuell kombinierbar sind und auch einzeln besucht werden können.

Interessierte haben die Möglichkeit, an mehreren Seminaren aus dem Angebot teilzunehmen. Sie können während der Projektlaufzeit das Zertifikat „Demokratieberaterin“ beziehungsweise „Demokratieberater“ erwerben.

Bei der Auswahl der einzelnen Module haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, inhaltliche Schwerpunkte nach Interesse und Bedarf einzubringen.

Zum Erwerb des Zertifikats durchlaufen die Teilnehmenden folgende Module:

- | | |
|--|--------|
| ■ Basisseminar | 3 Tage |
| ■ Arbeitsfeldspezifisches Aufbaumodul | 2 Tage |
| ■ Trainingsmodule: Auswahl von mindestens zwei Modulen | 2 Tage |
| ■ Praxis-Workshop beziehungsweise Beratungskompetenz | 1 Tag |
| ■ Seminar: Reflexion „Ich als Berater“ | 2 Tage |

10 Tage

Ein zentraler Schwerpunkt des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ liegt auf dem Praxisbezug: Das Erlernete soll im beruflichen Alltag gut anwendbar sein (arbeitsfeldspezifische Seminare). Hier werden unter anderem die konkreten Fragen und Probleme, die in den Beispielen beschrieben wurden, aufgegriffen. Insgesamt bietet das Projekt auf den Bedarf in verschiedenen Arbeitsbereichen in Kirche und Diakonie zugeschnittene Angebote.

Mit den Demokratieberatern entstehen im Landesverband der Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz Kompetenzzentren, die als nachhaltige Ratgeber und dauerhafte Ansprechpersonen vor Ort verankert sind. Eine gute Vernetzung der Beraterinnen und Berater untereinander ist ein zentrales Projektziel von „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“.

* Alle Namen wurden geändert.

„Demokratie gewinnt! In Mecklenburg-Vorpommern!“

Das Projekt stellt sich vor

René Lenz



Foto: Diakonie/Hermann Bredehorst

Die rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommern ist gut organisiert, politisch sehr aktiv und hat sich mit dem Ankauf vieler Immobilien im Land eine Basis geschaffen, von der aus sie agieren kann. Mit ihren Aktivitäten schafft sie es, zunehmend in die Mitte der Gesellschaft vorzurücken. Dies gelingt ihr vor allem durch die Diskreditierung des politischen Systems, der politisch Verantwortlichen und durch die Selbstdarstellung als einzige bürgernahe Bewegung, die sich (vorgeblich) für die sozialen Themen der Benachteiligten im Land interessiert und einsetzt.

Die Mitglieder und Mitarbeitenden des Diakonischen Werkes müssen sich mit dieser aktiven rechtsextremen Szene in allen Arbeitsfeldern auseinandersetzen. Es gibt zum Beispiel rechtsaffine Eltern, die sich in Kitas engagieren, rechtsextreme Jugendliche, die diakonische Jugendeinrichtungen aufsuchen, oder neonazistisches Gedankengut in der Altenpflege. Dabei ist die rechtsextreme Szene in Mecklenburg-Vorpommern

ständig in Bewegung. Ihre Strategien und Erscheinungsmerkmale ändern sich fortlaufend. Umso wichtiger ist es, Mitglieder und Mitarbeitende zu schulen, rechtsextreme beziehungsweise antidemokratische Äußerungen und Haltungen zu erkennen und sie zu unterstützen, als Antwort darauf eine reflektierte Handlungsstrategie zu entwickeln.

Diese Gedanken waren die Grundlage dafür, sich mit dem Projekt „Demokratie gewinnt! In Mecklenburg-Vorpommern!“ der gesellschaftlichen Verantwortung der Diakonie in Mecklenburg-Vorpommern zu stellen und den demokratiefeindlichen Entwicklungen im Land mit Bildung und Sensibilisierung entgegenzuwirken. Dazu sollten innerverbandliche Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet werden, welche die Arbeitsbereiche und die landesweit agierenden diakonischen Einrichtungen widerspiegeln.

Ausbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Die Ausbildung für Multiplikatoren sieht eine Fortbildungsreihe über zehn Tage vor und besteht aus Basis- und Wahlmodulen. Für eine Zertifizierung müssen alle drei Basismodule (verpflichtend) und drei von fünf Wahlmodulen besucht werden. Die Basismodule enthalten Themen wie Kommunikation, Rechtsextremismus und Diskriminierung. In den Wahlmodulen hingegen geht es um die verschiedenen diakonischen Arbeitsbereiche und um die Frage, wie sich rechtsextremes beziehungsweise menschenverachtendes Gedankengut äußern kann.

Die Fortbildungen wurden über die Einrichtungsleitungen, Flyer und durch einen Artikel in der Kirchenzeitung beworben. Es meldeten sich fast 20 Teilnehmende aus dem ganzen Bundesland an.

Um einen vielschichtigen Zugang zum Thema zu bekommen, wurden viele verschiedene Akteure aus der Präventionsarbeit (Rechtsextremismus) und aus dem Bereich der Demokratieförderung eingesetzt. Der Veranstaltungsort wechselte häufig, um mit verschiedenen Modulen die unterschiedlichen Regionen des Landes zu erreichen. Dies diente auch dazu, die Teilnehmenden auf die Hilfs- und Beratungsangebote im Land hinzuweisen. Außerdem konnte das Diakonische Bildungszentrum als Partner der Fortbildungsreihe gewonnen werden. So wurde jedes Modul organisatorisch vom Bildungszentrum vorbereitet und evaluiert. Das verbands-eigene Fortbildungsinstitut war und ist für den nachhaltigen Erfolg des Projektvorhabens ein unverzichtbarer Partner.

Die Fortbildungsreihe wurde im November 2014 mit 15 ausgebildeten Multiplikatoren für den Bereich Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung abgeschlossen. Die Teilnehmenden äußerten ein großes Interesse, auch in den folgenden Jahren an solchen Fortbildungen teilzunehmen.

Im Projektverlauf ergab sich spannenderweise ein zweites Aufgabenfeld: Mitgliedseinrichtungen nahmen zur Projektleitung Kontakt auf, weil sie Fragen zum Thema Rechtsextremismus hatten oder Probleme mit rechtsaffinen beziehungsweise rechtsextremen Klienten oder Mitarbeitenden. Die Projektleitung konnte hier erfolgreich beraten. In einem anderen Fall hatte eine diakonische Einrichtung den Auftrag, eine rechtsaffine Familie zu betreuen. Die Projektleitung bot in der Einrichtung kurzfristig einen Sensibilisierungskurs zum Thema Rechtsextremismus an.

Sowohl über die Fortbildung als auch über die beratende Arbeit der Projektleitung konnte der Projektgedanke – die Mitglieder des Landesverbandes der Diakonie in ihrem Engagement gegen rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut zu bestärken – verbreitet werden.

Perspektivwechsel einüben



Foto: S. Giersch, Dresden

Demokratie ist dort, wo der Andere mit seiner einzigartigen Geschichte, Herkunft und Haltung mit Würde und Respekt leben darf. Wieso aber gibt es so oft Mauern und Vorurteile und manchmal sogar Hass und Feindseligkeit? Wie und warum entstehen sie? Das sind die Fragen, die ich zum Kurs mitgenommen habe. Eine zunächst verstörende Erfahrung war: Viele der Gedanken und Vorurteile, die ich eigentlich nur bei anderen verortet hatte, finde ich auch bei mir selbst. Deshalb war für mich der Perspektivwechsel – das Denken und Fühlen von den Opfern her – ein ganz besonders wichtiger Punkt. Und noch etwas: Gespräche führen, zuhören – auch das muss Grenzen haben. Nämlich immer dann, wenn sich offen rassistische Gedanken und Parteiprogramme Geltung und Aufmerksamkeit verschaffen wollen.

Spannend wurde es immer dann, wenn in unserer aufgrund der jeweils eigenen Erfahrungen und Erlebnisse doch sehr gemischten Gruppe gemeinsame Handlungsstrategien erarbeitet werden sollten. Die authentische Dozentin erlebte ich dabei als absolut offen, kompetent und partnerschaftlich – vielleicht für mich die wichtigste Erfahrung, die ich mitnehme.

Ich habe selbst erlebt, wie nötig es auch in Kirche und Diakonie ist, Demokratie einzuüben und Zivilcourage zu zeigen. Die Diskussion um homosexuelle kirchliche Mitarbeitende und das Kopftuchverbot für eine Altenpflegerin sind dafür nur zwei Beispiele.

Joachim Scharfe,
Allgemeine soziale Arbeit, Diakonisches Werk der
Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens
im Kirchenbezirk Freiberg

„Demokratie gewinnt! Demokratiestifter in Sachsen!“

Das Projekt stellt sich vor

Nora Köhler

In der Gesellschaft und politischen Landschaft im Freistaat Sachsen sind menschenverachtende und antidemokratische Welt- und Menschenbilder weit verbreitet. Rechtsextremismus formiert sich – speziell im ländlichen Raum – als soziale Bewegung. Besonders in strukturschwachen Gebieten fehlt es an sozialer Unterstützung, an Sicherheiten und an demokratischer Teilhabe für die Bevölkerung. Die hohe Identifikation mit der Heimat wird strategisch und erfolgreich für nationalsozialistische Ideologien und für Stimmungsmache gegen bestimmte Menschengruppen missbraucht. Wie salonfähig menschenverachtende und rechtsextreme Ansichten und Parolen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein sind, ist auch an den emotional geführten öffentlichen Debatten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik ablesbar. Die starke Identifikation der sächsischen Bevölkerung mit ihrer Heimat wird von rechtsextremen Personen geschickt instrumentalisiert, Ängste vor Überfremdung werden aufgegriffen und verstärkt.

Seit der Wendezeit sind in Sachsen neonazistische Kader aus dem Westteil der Bundesrepublik Deutschland stark präsent. Mit dem Wechsel des Verlags der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ nach Riesa sind zahlreiche meinungsstarke, organisatorisch und rhetorisch geschickt agierende Funktionäre in den Freistaat gekommen. Sie fördern eine enge Verzahnung der NPD mit der gut vernetzten und oftmals gewaltbereiten neonazistischen Kameradschaftsszene. Zudem wurden „national gesinnte“ Unterstützer gewonnen, die aufgrund ihres gesellschaftlichen und beruflichen Engagements einen hohen Rückhalt in der Bevölkerung haben. So ist die NPD nach wie vor flächendeckend in den Kreistagen vertreten und erhielt über mehrere Jahre auch im sächsischen Landtag eine demokratische Legitimation.

Wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre zeigen, dass menschenverachtende Einstellungsmuster ebenfalls in der Mitte der Gesellschaft – und damit auch in kirchennahen und diakonischen Räumen – zu finden sind. Teilweise lässt sich auch eine gezielte Unterwanderung der gesellschaftlichen Mitte durch rechtsextreme Personen beobachten. Das Besetzen sozial relevanter Themen, die Kernaufgaben der Diakonie betreffen, ist ein weiteres Problemfeld. Mitarbeitende in diakonischen Einrichtungen sind in ihrem Alltag und Beruf mit Menschen in Kontakt, die demokratie- und menschenfeindliche sowie rechtsextreme Einstellungen vertreten. Diese Mitarbeitenden brauchen Handlungsmöglichkeiten, wie sie sich für ein friedvolles und demokratisches Miteinander einsetzen können.

Hier setzt „Demokratie gewinnt! Demokratiestifter in Sachsen!“ an. Das Projekt stellt das gleichberechtigte Miteinander in der Gesellschaft auf der Grundlage christlicher Werte und die Stärkung demokratischer Überzeugungen in den Mittelpunkt. Rechtsextremismus wird als eine Form der Bedrohung der Demokratie thematisiert. Wie andere extremistische Strömungen funktioniert er über Ausgrenzung und muss als eine Bewegung gesehen werden, die nur vorgibt, auf brennende Fragen und Probleme klare Antworten zu geben.

Im Rahmen des Projektes werden Mitarbeitende zu Demokratiestifterinnen und Demokratiestiftern ausgebildet. Dies geschieht durch eine modulare Weiterbildung, die auf neun Tage angelegt ist. Ziel ist es, den Teilnehmenden fundiertes Wissen zu vermitteln und mit ihnen mögliche Handlungsstrategien gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen zu entwickeln. Damit erhalten sie ein Rüstzeug an die Hand, mit dem sie für ein friedvolles und gleichberechtigtes Miteinander eintreten können.

Das Netzwerk aus Demokratiestiftern sowie internen und externen Projektpartnern ermöglicht einen regen Austausch und sorgt für die dauerhafte Etablierung und Verstetigung des Projektes innerhalb der Diakonie Sachsen. Die Anbindung an den Vorstand des Diakonischen Werkes der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens sowie ein enger Kontakt mit den Geschäftsführungen der Einrichtungen und Werke unterstützt das Netzwerk. Auf dieser Grundlage werden Konzepte und Strategien für die Arbeit innerhalb des Verbandes erstellt und die Werke und Einrichtungen mit umfangreichen Materialien unterstützt.

Um möglichst viele Mitarbeitende zu sensibilisieren und fortzubilden, werden innerhalb des Projektes auch zweitägige Seminare angeboten. Die Teilnehmenden erhalten aktuelles Wissen, diskutieren individuelle Haltungen, erweitern ihre Interventionsmöglichkeiten und profitieren vom kollegialen Austausch. Der häufig geäußerte Wunsch nach einer Weiterführung dieser ersten Sensibilisierung macht deutlich, dass die Inhalte und Ziele des Projektes an die Lebens- und Erfahrungswelt der Mitarbeitenden anknüpfen.

Das Initiieren und Begleiten regionaler Projekte ist ebenfalls Bestandteil der Weiterbildung. Die unterschiedlichen Gegebenheiten in den Regionen und Arbeitsbereichen werden berücksichtigt. Auf diese Weise werden die Projektziele und -inhalte in den ländlichen Raum hineingetragen. Dies fördert und stärkt zugleich den Austausch mit regionalen Initiativen und Bündnissen. Engagierte Mitarbeitende erfahren dadurch nicht nur einen starken Rückhalt innerhalb der Diakonie, sondern auch durch die aktiven Partner vor Ort.

Lebenswerte Grundwerte schaffen



Foto: Peenebunker/Rolf Ehner

Demokratieberater: Ich war neugierig, wie dieser abstrakte Begriff mit Leben gefüllt werden kann. Ich kam also der Einladung zur Teilnahme nach, freiwillig und ohne Verbindlichkeiten. Nach vielen Jahren theoretischer Arbeit bin ich seit über acht Jahren in der Region Ostvorpommern im Bereich Jugend(sozial)arbeit aktiv. Ich arbeite an der Basis und mehr noch als Meta-Praktiker, das heißt, ich vermittele zwischen den Ebenen: der Sozialarbeit und der Verwaltung ebenso wie zwischen jungen und älteren Menschen. Dieser intergenerationelle Aspekt wird gerade in Bezug auf den Demokratieberater und die Demokratieberaterin gestärkt, denn es ist die ältere Generation, die ihre Erfahrungen und Meinungen über unsere Gesellschaft an die Jüngeren weitergibt. In meiner Heimatregion wirkt bis heute die DDR-Sozialisation, was oftmals überzogen positiv erinnert und den Jüngeren oft einseitig vermittelt wird. Hier gilt es anzusetzen, ein differenziertes Geschichts- und Gesellschaftsbild darzustellen.

In der Ausbildung zum Demokratieberater habe ich inzwischen viele Gleichgesinnte getroffen und von ihren Erfahrungen und Meinungen gelernt. So weiß ich heute umso mehr: Wir müssen unsere Mitmenschen ernst nehmen, ihnen zuhören, ihre Sorgen und Nöte ebenso ernst nehmen wie ihre Freuden. Wir dürfen Menschen nicht ausgrenzen. Wir müssen den Menschen lebenswerte Grundwerte vermitteln, ihnen Perspektiven im Leben aufzeigen und ihnen so einen Lebenssinn vermitteln. Mit der inzwischen absolvierten Ausbildung leiste ich sicherlich keine bessere Arbeit als vorher; ich bin aber gestärkter und bewusster in meinem Tun unterwegs in einem mir bekannten Netzwerk von gleichgesinnten Akteuren.

Dr. René Börrnert,
Kreisdiakonisches Werk Greifswald-Ostvorpommern,
Sachbereich: Jugend/Jugendhaus-Kulturzentrum
„Peenebunker“ Wolgast

„Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“

Momentaufnahmen aus dem Projekt

Michaela Seitz

Mai 2013

Ich komme voller Erwartung und Vorfreude in die Geschäftsstelle der Diakonie Mitteldeutschland mit dem Vorhaben, das Projekt „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“ die nächsten zwei Jahre zu gestalten. Ich werde offen und freundlich empfangen.

Schnell wird klar: Innerhalb des durch den Bewilligungsbescheid gesteckten Rahmens habe ich alle Freiheiten, die für die Umsetzung des Projektes notwendigen Schritte zu gehen. Über diese Gestaltungsfreiheit und den Vertrauensvorschuss freue ich mich. Wichtig ist, dass ich auf die uneingeschränkte Unterstützung durch Pfarrer Christoph Victor zählen kann, Bereichsleiter Theologie und mein direkter Vorgesetzter. Auch in Jürgen Hoffmann, der das Projekt auf den Weg gebracht hat, finde ich eine wichtige Stütze.

August 2013

Nach etwa drei Monaten hat sich die Büroinfrastruktur eingespielt, auch die Kollegin, die bei der Verwaltung des Projekts mitarbeiten soll, ist eingestellt.

Ich habe mir einen ersten Überblick verschafft: darüber, was die Zuwendungsgeber erwarten und wer die anderen Akteure im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) sind, natürlich auch in den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Thüringen. Es wird sich über die gesamte Projektlaufzeit erweisen, dass der Kontakt und Austausch mit anderen ZdT-Projekten wichtig ist, um Erfahrungen zu teilen, mich rückzuversichern, dass die Richtung stimmt, und mir Anregungen für das eigene Projekt zu holen. Besonders die über die Diakonie Deutschland ermöglichte enge Vernetzung mit den Projektteams der anderen ostdeutschen Landesverbände der Diakonie finde ich sehr wertvoll.

Parallel zur Vernetzung des Projektes nach außen führe ich in dieser Phase viele Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen aus den Fachbereichen in der Geschäftsstelle. Dies ist hilfreich,

denn dadurch beginne ich, die Verbands- und Gremienstruktur zu verstehen, eine unabdingbare Voraussetzung dafür, das Projekt in der Diakonie Mitteldeutschland bekannt zu machen und Interesse für seine Angebote zu wecken.

Ergebnis dieser Phase ist das Projektkonzept. Es schreibt als übergeordnetes Ziel fest: Das Projekt „Demokratie gewinnt!“ soll die Handlungsfähigkeit für Demokratie in den diakonischen Strukturen Mitteldeutschlands stärken. Dazu wird das Projekt Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für Demokratieförderung ausbilden.

Oktober 2013

Ein aufregender Tag! Denn mit der Auftaktveranstaltung am 1. Oktober wird das Projekt „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“ zum ersten Mal im Landesverband sichtbar. Dies ist ein erster Meilenstein in der Projektentwicklung und für mich ein wichtiges Indiz dafür, ob das Projekt im Verband auf Resonanz stößt. Es ist zugleich eine Chance zu hören, welche Herausforderungen sich im Engagement für Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus vor Ort stellen. An diesem Abend gehe ich zufrieden über den Austausch mit unterschiedlichen Teilnehmenden nach Hause, und ich habe das Gefühl, dass alles sehr gut läuft.

Januar 2014

Schon wieder sind drei Monate vorbei. Der Herbst war sehr intensiv, ich habe an vielen Gremiensitzungen teilgenommen und über (fast) alle Arbeitsfelder hinweg für die Teilnahme an der Qualifizierung geworben. Dafür habe ich viel Überzeugungsarbeit geleistet – und manchmal akzeptieren müssen, dass einer Teilnahme am Projekt „Demokratie gewinnt!“ auch Grenzen gesetzt sind (zum Beispiel Arbeitsüberlastung, keine Möglichkeit der Freistellung). Dieses Vorgehen war zwar sehr zeit- und energieaufwändig, aber der einzige Weg, das Projekt in der Diakonie Mitteldeutschland bekannt zu machen. Umso schöner ist es nun zu sehen, dass es für den ersten Qualifizierungskurs 14 Anmeldungen gibt!

Februar 2014

Jetzt geht es endlich richtig los! Mit freudiger Anspannung warte ich auf die Teilnehmenden des ersten Kurses „Multiplikator/-in für Demokratieförderung“. Bis Oktober 2014 werden wir uns zu fünf jeweils zweitägigen Seminaren zusammenfinden und uns über die Werte austauschen, die unser Engagement für Demokratie und Toleranz tragen. Wir werden unseren Blick für aktuelle Erscheinungsformen von Rechtsextremismus schärfen und unsere Unsicherheit überwinden, wenn es darum geht, auf rechte Parolen zu reagieren. Dies alles stärkt uns für den aktiven Einsatz gegen Diskriminierung.

Die Gruppe ist sehr gemischt: Mitarbeitende aus der Altenpflege, aus Kitas, aus der externen Koordinierung für Lokale Aktionspläne (LAPs), aus den Freiwilligendiensten, der Kirchenkreisdiakonie, der Migrationsberatung, aus der offenen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit. Das verspricht einen anregenden Austausch über die Themen Demokratie und Toleranz aus ganz unterschiedlichen Perspektiven. Ich bin neugierig, welche Ansatzpunkte sich für die Tätigkeit der Multiplikatoren in den jeweiligen Arbeitsfeldern entwickeln.

Juli 2014

Es liegt eine weitere Runde durch diverse Gremien hinter mir. Ziel war dieses Mal, über den laufenden Qualifizierungskurs zu berichten und damit den Weg für den zweiten Kurs zu bereiten, der im September starten wird.

Außerdem habe ich ein weiteres Angebot platziert, sogenannte Inhouseschulungen. Das sind halbtägige Kurzformate oder eintägige Workshops, die sich passgenau auf den Bedarf von Teams, einer Einrichtung oder von Fachgruppen abstimmen lassen. Entstanden ist dieses Format, weil viele zwar Interesse an den Themen des Projektes haben, in ihren Zeitressourcen aber beschränkt sind.

Jede dieser Gremienrunden ist auch für mich eine Bereicherung, denn ich verstehe wieder ein Stück besser, wo an der Basis in den Einrichtungen Probleme auftreten. So kann ich künftige Angebote des Projektes noch besser auf den Bedarf vor Ort abstimmen.

Demokratie täglich mit Leben füllen



Foto: Hermann Bredehorst

Multiplikator für Demokratieförderung, eine Qualifizierung über ein Jahr, mit Seminaren in allen Winkeln von Mitteldeutschland? Brauche ich so etwas als Altenpfleger und Mitarbeitervertreter in einer diakonischen Einrichtung? Nach kurzem Überlegen war mir klar, dass dies auch bei uns ein wichtiges Thema ist. Demokratie findet nicht nur bei Wahlen statt, sondern muss täglich mit Leben gefüllt werden.

Besonders wichtig ist mir, die anstehenden demografischen Entwicklungen im Umfeld der Altenhilfe zu erkennen und Lösungsansätze zu besprechen. Beispiele dafür sind die interkulturelle Öffnung der Pflegeeinrichtungen und die Entwicklung eines Leitfadens für kultursensible Pflege. In Zukunft werden, ob als Bewohnerin oder Mitarbeiter, vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund bei uns leben und arbeiten. Das kann zu Konflikten führen, und darauf müssen wir vorbereitet sein. Auch kirchliche Einrichtungen sind nicht frei von Rechtsextremismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Demokratiefindlichkeit.

**Heiko Käding,
Diakonie Ostthüringen**

September 2014

Das wird ein heißer Herbst, so viele Dinge laufen parallel! Manchmal mache ich mir Sorgen, ob das alles zu schaffen sein wird.

Im September beginnt der zweite Kurs „Multiplikator/-in für Demokratieförderung“; dieses Mal mit 19 Teilnehmenden. Im Vergleich zum ersten Kurs war es schon etwas leichter, sie zu gewinnen. Das deutet ich als Zeichen, dass sich das Projekt in der Diakonie Mitteldeutschland bereits etabliert hat. Es wird wahr- und angenommen, seine Themen werden als relevant eingestuft. Ein schöner Erfolg.

Ausruhen kann ich mich auf diesem Erfolg allerdings nicht. Denn jetzt ist es an der Zeit, die Ergebnisse der Gremienrunde aus dem Frühjahr umzusetzen. Es finden verschiedene Inhouseschulungen statt, zum Beispiel eine Sensibilisierung für aktuelle Ausdrucksformen des Rechtsextremismus – Codes der Szene lesen lernen, ein Argumentationstraining gegen rechte Parolen oder ein Tag zum Thema „Rechtsextremismus im Arbeitsumfeld begegnen“.

Daneben stelle ich die Weichen für die Zukunft: Ich reiche die Interessenbekundung für die Verlängerung des Projektes bis Ende 2016 ein, was einiges an konzeptioneller Arbeit erfordert. Ich ziehe eine Zwischenbilanz des bisher Erreichten und denke perspektivisch voraus: Wie kann das Projekt bis Ende 2016 Strukturen schaffen, die darüber hinaus weiter Bestand haben werden?

Oktober 2014

Ein weiterer Meilenstein ist geschafft: Wir überreichen den ersten Multiplikatoren für Demokratieförderung die Zertifikate. Zwei intensive Tage liegen hinter uns, die wir dazu genutzt haben, gemeinsam zu überlegen, wie sich die Rolle als Multiplikator für Demokratieförderung in der Diakonie Mitteldeutschland konkret ausgestalten lässt. Auch die Frage, welche Rahmenbedingungen beim Verband dafür nötig sind, haben wir besprochen. Alles in allem habe ich das Gefühl, dass dieses Abschlussmodul wichtige Weichen bis zum Ende der ersten Förderperiode und darüber hinaus gestellt hat. Dies gilt beispielsweise für die weitere Zusammenarbeit mit den Multiplikatoren sowie für notwendige Schritte, um diese Tätigkeit zu legitimieren und im Verband einzubinden. Es geht aber auch um die nachhaltige Verankerung des Themas Demokratieförderung in der Diakonie Mitteldeutschland. Ich habe viele konkrete Arbeitsaufträge mitgenommen.

Insgesamt blicke ich zufrieden auf den Weg zurück, den das Projekt „Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!“ bisher genommen hat; es ist schon sehr viel entstanden. Die Herausforderung für die zweite Förderperiode besteht nun darin, diese Struktur zu festigen, zu verstetigen und noch etwas auszubauen. Alles Herausforderungen, denen ich mich gerne zusammen mit den Mitstreitern in der Geschäftsstelle, den Einrichtungen und besonders den Multiplikatoren stellen will.



Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Arbeitsfeldbezogene Angebote

Ingo Grastorf

Kern des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ ist neben der fachlichen innerverbandlichen Beratung die inhaltliche Konzeption und Durchführung von Fortbildungen mit hohem Praxisbezug. Deshalb wurden die Inhalte in engem Austausch mit Fach- und Führungskräften aus den unterschiedlichen Arbeitsfeldern festgelegt. So konnten Angebote entwickelt werden, die sich am spezifischen Bedarf der einzelnen Arbeitsfelder in Kirche und Diakonie orientieren. Dies ist notwendig, weil beim Umgang mit Diskriminierungen und Rassismus, aber auch bei der Demokratie-Entwicklung und den Teilhabemöglichkeiten im Arbeitsalltag in der Altenpflege andere Fragen auftauchen als beispielsweise in der Jugendhilfe, in Kindertagesstätten oder in den Kirchengemeinden.

Ergebnis dieses Prozesses sind Seminare zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus und Demokratie sowie Methodenworkshops zur Konfliktlösung und Gesprächsführung, aber auch ein Fortbildungsschwerpunkt mit Modulen, die speziell für verschiedene Arbeitsfelder entwickelt wurden. Unter dem Stichwort „Was tun! ...“ finden diese Seminare im Rahmen des Projekts „Demokratie gewinnt! In Brandenburg!“ zweitägig statt.

Umgang mit Rassismus in der Pflege

Zwei Fallbeispiele aus diesen Seminaren zeigen, welche Fragen bearbeitet werden. Zunächst ein Beispiel aus dem Seminar „Was tun! Im Arbeitsbereich der ambulanten und stationären Altenpflege“:

Seit April 2014 arbeitet Ewelina Kowalczyk*, eine polnische Pflegekraft, in der ambulanten Altenpflege. Sie ist 35 Jahre alt, hat in Cottbus ihre Ausbildung abgeschlossen und spricht gutes Deutsch mit wahrnehmbarem Akzent. Die Pflegedienstleitung der Einrichtung „Flotte Lotte“, Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V., ist froh, diese ausgebildete Fachkraft gewonnen zu haben. Mitte Mai klingelt immer wieder bei Frau Kowalczyk das Telefon.

Mal sind es die Klientinnen und Klienten selber, mal deren Angehörige. Die Botschaft ist immer wieder die gleiche: Zur Betreuung soll eine andere Person kommen. Auf Nachfrage stellt sich heraus, dass es nicht um die Qualität der Arbeit, sondern um rassistische Ressentiments geht. Man wolle sich von einer „Polackin“ nicht pflegen lassen, man hat Angst, dass man „immer die Wertsachen unserer Mutter abschließen muss, sonst klaut uns die Polin die ja weg!“

Wie kann und soll die Pflegedienstleitung mit diesen Anrufen umgehen? Wie kann sie sich mit ihrer neuen Mitarbeiterin solidarisch zeigen und gleichzeitig die Klientinnen und Klienten dafür gewinnen, weiterhin die Angebote der Einrichtung zu nutzen?

Umgang mit neonazistischen Eltern in Kitas

Ein weiteres Beispiel stammt aus dem Seminar: „Was tun! Im Arbeitsbereich Kindertagesstätten“. Anna Dumitrescu, deren Eltern 1967 aus Rumänien in die DDR zogen, leitet die Kita „Kleine Ponys“. Kevin, eines der dort betreuten Kinder, wird regelmäßig von seiner Mutter in Thor-Steinar-Kleidung in die Kita gebracht. Diese Kleidermarke gilt als Erkennungsmerkmal der rechtsextremen Szene. Nachdem Frau Dumitrescu die Mutter darauf angesprochen und ihr mitgeteilt hatte, dass sie diese Marke bei den Kindern nicht wünscht, zieht die Mutter dem Kind andere Kleider für die Kita an. Die Mutter äußert sich aber in Gesprächen mit der Erzieherin immer wieder diskriminierend und ausgrenzend. Dazu gehören sowohl Kommentare zu Abläufen in der Kita als auch rechtsextrem orientierte Äußerungen zu verschiedensten allgemeinpolitischen Themen. Frau Dumitrescu vermutet, dass die Mutter und deren Lebensgefährte Mitglieder der örtlichen neonazistischen Kameradschaftsszene sind, hat hierfür jedoch keinen Nachweis. Soweit es die Situation in der Kita zulässt, reagiert Frau Dumitrescu auf die Äußerungen der Mutter, insbesondere wenn es um pauschalisierende Aussagen gegen „die Ausländer“ geht, da sie sich aufgrund der Migrationsgeschichte ihrer Eltern selber

angegriffen fühlt. Die Mutter verspricht, solche Ansichten zukünftig nicht mehr zu äußern. Oftmals fehlt in der konkreten Situation jedoch der Raum zu reagieren, so dass die Äußerungen der Mutter immer wieder unkommentiert bleiben.

Was sind in einer solchen Situation angemessene Strategien der Kita-Leitung? Welchen Grundkonsens setzt dies in der gesamten Kita voraus? Wie kann erreicht werden, dass diskriminierenden Äußerungen allen Zeitnöten zum Trotz direkt widersprochen wird? Was sind Grenzen der Einflussnahme und wo muss man die Mutter gewähren lassen?

Ausgehend von solchen Fragen entwickelte sich in den Seminaren eine intensive Diskussion, geleitet von den jeweiligen Referenten. Ziel war jeweils eine praktikable Handlungsorientierung.

Die Teilnehmenden bestätigen in ihren Rückmeldungen, dass sie das Gelernte gut in ihrer beruflichen Praxis anwenden können. Dies wird durch die Ergebnisse der Seminarevaluation bekräftigt.

* Alle Namen wurden geändert.

Werkzeug für Gespräche im Beruf



Foto: Matthias Stief

Die täglichen Anforderungen und Herausforderungen in den Gesprächen mit Menschen meines Umfeldes machten mir deutlich, dass persönlich Erlebtes, Lebenserfahrung und bisher Gelerntes nicht ausreichen, um zufriedenstellend zu argumentieren, wenn es um Themen geht wie Diskriminierung, Rassismus, Extremismus usw. So war ich sehr dankbar, als ich den Hinweis auf die „Demokratie gewinnt!“-Seminare bekam. Schon während des ersten Seminars erkannte ich: Hier bekomme ich „Werkzeug“ für Gespräche im Beruf und für private Begegnungen.

**Inge Clausonet,
Pastorin Evangelisch-Freikirchliche Gemeinde
in Buckow und Müncheberg**

Diakonie Mecklenburg-Vorpommern

Rechtsextremismus in Jugendszenen

René Lenz

In Fortbildungen zur Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern entwickeln Mitarbeitende regelmäßig Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Insbesondere gilt es zu vermitteln: Rechtsextreme Einflüsse haben sich eng mit der sich ständig wandelnden Jugendkultur verbunden und ihr angepasst.

Wenn Jugendliche in ihrer Freizeit oder in Pausen Musik hören, die im rechtsextremen Spektrum zu verorten ist, können Interventionen für Sozialarbeiter und Lehrer erschwert sein. Denn wenn die Jugendlichen die Musik „cool“ finden, müssen nicht die Texte ausschlaggebend sein – welche bei rechtsextremer Musik das Kernproblem ausmachen. Vielmehr können Lieder oder Bands als cool gelten, weil sie den musikalischen und den Lifestyle-Geschmack der Jugendlichen treffen und so die Zugehörigkeit zu einer Gruppe suggerieren. In Fortbildungsseminaren geht es daher insbesondere darum, die Teilnehmenden über die neuesten Entwicklungen der rechten Szene und ihre Schnittmengen mit der allgemeinen Jugendkultur zu informieren und zu sensibilisieren.

Anpassung als Erfolgsrezept

Die rechte Szene versucht seit Jahren, ihre Attraktivität bei Jugendlichen durch Adaption von anderen jugendkulturellen Stilen zu erhöhen. So erkannte die Szene schnell, dass die Stigmatisierung, welche Neonazis in den 1990er Jahren infolge ihres Auftretens erfahren hatten, für die Nachwuchsarbeit hinderlich war. Glatze, Bomberjacke und Springerstiefel als äußerliche Erkennungsmerkmale der Gruppen wurden bald mit übermäßigem Alkoholgenuss, Dummheit und Gewaltaffinität verbunden – auch unter Jugendlichen. Für die innere Gruppenbindung mögen diese eher martialisch anmutenden äußerlichen Erscheinungsformen förderlich gewesen sein, und sicherlich fühlten sich auch weiterhin neue Jugendliche angesprochen, aber ein Anschluss an die breite

Masse der Jugendlichen konnte mit solch einem Auftreten nicht mehr gefunden werden. Daher fand in der Szene ein Umdenken statt. Weitere Stile wurden übernommen und neu interpretiert.

Heute sind rechtsextreme Jugendliche oder junge Erwachsene oft nicht mehr auf den ersten Blick als solche zu erkennen. Die Springerstiefel wurden durch Turnschuhe ersetzt, die typische Glatze wich zum Beispiel einem klaren Rechtsscheitel, und die Bomberjacke wurde mit dem Kapuzen-Sweatshirt getauscht. Dass die Kleidungsmarke Thor Steinar ein Indikator für rechtes Gedankengut ihres Trägers ist, wissen selbst viele Menschen, die das Thema sonst kaum interessiert. Doch auch schwarze T-Shirts mit kleinen Aufdrucken wie „168:1“ oder „WAW“ verweisen heute auf rechtsextreme Gesinnung. „168:1“ steht dabei für das Attentat von Oklahoma, bei dem der Rechtsextremist Timothy McVeigh 168 Menschen in den Tod riss. „WAW“ ist ein Akronym für „Weißer arischer Widerstand“.

Organisation im Netz

Darüber hinaus ist die rechtsextreme Szene im Internet ungeheuer aktiv. Auch in diesem Bereich hat sich die Szene der gesellschaftlichen Entwicklung angepasst. Neben den bekannten Kameradschafts- und Kaderstrukturen, die gerade in Mecklenburg-Vorpommern stark vertreten sind, funktionieren rechtsextreme Organisationen vor allem im Jugendbereich über virtuelle Vernetzung. Auf einschlägigen internen Foren tauscht man sich zu Aktionen und Themen aus. Diese im Netz organisierte rechte Szene – man spricht auch von den „Freien Kräften“ – macht in Mecklenburg-Vorpommern vor allem durch öffentlichkeitswirksame Aktionen von sich reden. So verteilten Schweriner Rechtsextreme an einem durch den Landtag ausgerufenen Toleranztag im örtlichen Shopping-Center kleine Schnipsel mit homophoben Sprüchen. Oder sie tauschten Straßenschilder in Ortschaften aus, so dass es auf einmal wieder einen „Adolf-Hitler-Platz“ gab. Diese spontanen und öffentlichkeitswirksamen, teils nicht einmal illegalen Aktionen üben eine große Anziehungskraft auf Jugendliche in der Region aus.

Musik, Konzerte und Partys

Der „Erstkontakt“ von vielen Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern mit rechtsextremen Inhalten findet oft über Musik statt. So verteilen die sogenannten „Freien Kräfte“ sowie die NPD noch immer in regelmäßigen Abständen die bekannten „Schulhof-CDs“, die, oft unter einem Motto stehend, die Kinder und Jugendlichen mit einfachen aber provokanten Texten an rechtsextreme Inhalte heranführen. Ein weiteres probates Mittel der rechten Szene ist es, Jugendliche zu Partys einzuladen, wobei sie vordergründig durch Musik und das Feiern angesprochen werden sollen, dabei aber direkt mit rechten Inhalten und Agitation konfrontiert werden. Die strategische Grundüberlegung dabei ist einfach: Durch Musik, mit einfachen Texten und eingängigen Melodien, lassen sich rechtsextreme Botschaften an die Zielgruppe vermitteln. Mit Konzerten und Partys lockt man mehr Jugendliche als mit politischen Themenabenden, und dennoch kann man sie mit der rechtsextremen Ideologie in Kontakt bringen. Im sogenannten „Wohnprojekt“ in Salchow (ca. 15 Kilometer von Anklam), einem Hof eines Kameradschaftsmitgliedes, finden regelmäßig solche Partys statt.

Bei den Musikstilen hat sich die rechtsextreme Szene an alle denkbaren Jugendkulturen angepasst. Während gerade die Nachwendezeit von Hard-Rock- und Heavy-Metal-Bands aus dem verbotenen Blood&Honour-Netzwerk bestimmt war – mit ihren zahlreichen Konzerten vor allem in Klein Bünzow – ist die musikalische Ausrichtung der Szene mittlerweile vielfältig und an den Mainstream angepasst. Es gibt rechte Hip-Hop-Bands ebenso wie rechten Deutsch-Rock, es gibt rechte Techno-Musik und weiterhin den lauten, unverständlichen Hard-Rock.

Handlungsmöglichkeiten

Da nach wie vor Musik und ihre Texte die Nazi-Ideologie vermitteln, sollten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auch dann nicht weghören, wenn Texte so laut und unverständlich geschrien werden, dass das ungeschulte Ohr kaum die Hetze vernehmen kann, die mit den Texten verbreitet wird. Eine Handlungsmöglichkeit besteht darin, zusammen mit den Jugendlichen zu besprechen, was in den Songs genau gefordert wird. Aber auch die Kollegen sollten sensibilisiert werden. Beispielsweise können Mitarbeitende eine Hausordnung erarbeiten, die das Hören von rechtsextremen Bands verbietet.

Menschen mitnehmen



Foto: Hermann Bredehorst

Da ich mich in meinem beruflichem Umfeld, der Kirchenkreissozialarbeit, in der Vergangenheit mehr und mehr mit fremdenfeindlichen und neonazistischen Aktivitäten konfrontiert sah, kam mir das Projekt „Demokratie gewinnt!“ sehr entgegen. Nach einer interessanten Auftaktveranstaltung stand für mich fest, dass ich mich dafür bewerben würde. Das erworbene Wissen hat mir die Entscheidung leicht gemacht, im Wahlkampfsummer 2014, in einem sehr kurzen Zeitraum, meine erste Demo gegen Rechts zu organisieren. Die Umstände, die sie erforderlich machten, haben mir einmal mehr gezeigt, wie ernsthaft Demokratie oft bedroht ist. Sie haben mir aber ebenso gezeigt, wie viele Menschen sich mit auf den Weg der Demokratie nehmen lassen, um sie Schulter an Schulter zu verteidigen und zu bewahren. Als Christin möchte ich hoffnungsvoll diesen Weg weitergehen, gemeinsam – und im Frieden, den Jesus Christus uns verheißt.

Almut Arndt,
Diakonin, Diakoniekreisstelle Stadtroda

Diakonie Mitteldeutschland

Die Rolle der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

Michaela Seitz

Das Netzwerk der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verbindet Mitarbeitende aus ganz verschiedenen Arbeitsfeldern: Altenpflege, Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (offene Jugendarbeit, Wohnheim), Freiwilligendienste (Freiwilliges soziales Jahr und Bundesfreiwilligendienst), Kindertagesstätten, Kirchenkreisdiakonie, externe Koordinierungsstellen für lokale Aktionspläne, Migrationsberatung und Schulsozialarbeit. Diese Vielfalt der Berufsfelder ist sehr bereichernd, denn durch sie erschließen sich neue Sichtweisen; fachübergreifende kollegiale Beratung wird möglich.

Tätigkeiten der Multiplikatoren

Genauso vielfältig wie der berufliche Hintergrund sind die Aktivitäten und Vorhaben der Multiplikatoren: Sie gehen in die Diskussion, wenn sie menschenfeindliche Einstellungen, Ausgrenzung und Diskriminierung wahrnehmen. Sie beziehen deutlich Position für Demokratie und Toleranz und leben diese Haltung vor. Außerdem gestalten sie für die Gremien, an denen sie beteiligt sind, Fachtage und werben für die Angebote des Projekts „Demokratie gewinnt!“. Zudem soll eine Handreichung erstellt werden, die Angebote und Rollen der Multiplikatoren beschreibt und die Rahmenbedingungen dieser Tätigkeit definiert.

Das Angebot der Multiplikatoren umfasst neben zielgruppenspezifischen Projekten auch Bildungsbausteine und Seminare. Das kann zum Beispiel ein Vortrag über Symbole und Codes der rechten Szene sein, ein Argumentationstraining gegen Stammtischparolen oder ein Workshop, in dem entwickelt wird, wie Rechtsextremismus in verschiedenen Arbeitsfeldern begegnet werden kann. Einige Pilotprojekte haben schon stattgefunden, weitere Bausteine sind geplant.

Die Multiplikatoren engagieren sich auch im Team selbst und reflektieren, wie das Team miteinander umgeht, wie Kollegen Konflikte lösen, welche Wünsche nach Beteiligung es gibt und wie sich dafür in den Einrichtungen Raum schaffen lässt. In vielen Bereichen lassen sich diese Inhalte gut mit der hauptamtlichen Tätigkeit der Multiplikatoren verbinden. Darüber hinaus bringen diese durch die Qualifizierung neue Aspekte und Themen ein.

Was die Multiplikatoren brauchen, um ihre Rolle gut ausfüllen zu können

Für die Arbeit der Multiplikatoren ist es unerlässlich, dass sie weiter von der Diakonie Mitteldeutschland unterstützt werden. Die Multiplikatoren wünschen sich zudem Vertiefungsangebote zu Themen wie partizipative Projektplanung oder systemische Beratung, um mehr Sicherheit für ihr Handeln zu gewinnen. Auch Vernetzung ist wichtig, um die eigene Tätigkeit zu reflektieren, miteinander im Austausch zu bleiben, sich gegenseitig zu beraten und zu unterstützen. Das Angebot des Netzwerks und die Rahmenbedingungen für das Auftreten der Multiplikatoren müssen in Zukunft konkreter gefasst werden. Dazu wird es Gespräche zwischen Multiplikatoren, Projektteam, der Leitungsebene im Landesverband und Geschäftsführenden der Einrichtungen geben. Neben inhaltlichen Fragen ist auch zu klären, wie die Freistellung vom Dienst für die Teilnahme an Netzwerkveranstaltungen erfolgen kann oder unter welchen Bedingungen die Multiplikatoren außerhalb der eigenen Einrichtung tätig werden können. Vor allem aber ist zu diskutieren, wie das Thema Demokratieförderung auf Dauer in den Verbandsstrukturen verankert werden kann.

Diakonie Sachsen

Neue Handlungsräume eröffnen

Nora Köhler

Seit Beginn des Projektes „Demokratie gewinnt!“ im Frühjahr 2013 bildeten sich insgesamt 20 Mitarbeitende zu Demokratiestifterinnen und Demokratiestiftern weiter. Angeboten wurden im ländlichen Raum Sachsens zwei Kurse über jeweils neun Tage, die aus fünf Modulen bestanden. Die Teilnehmenden sind nach dieser Fortbildung als Ansprechpartner in ihrer Region beziehungsweise ihrem Arbeitsfeld dafür verantwortlich, couragiert auf rechtsextreme Äußerungen und Handlungen zu reagieren. In Gesprächen und Konflikten vertreten sie kompetent christliche Werte gegenüber Fremdenfeindlichkeit und können eigene Rassismen und Vorurteile durch fundiertes Wissen erkennen und bewusst damit umgehen. Ein wesentliches Ziel von „Demokratie gewinnt!“ ist es, allen Mitarbeitenden der Diakonie Sachsen neue Handlungsräume zu eröffnen.

Das Fortbildungsseminar besteht aus mehreren inhaltlichen Schwerpunkten. Als Einstieg in das Thema sprechen die Teilnehmenden über ihre eigenen Welt- und Menschenbilder und diskutieren, wie eine Gesellschaft aussehen kann und soll, in

der sie leben möchten. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit den Grundlagen der Demokratie und mit rechtsextremen Denk- und Handlungsweisen. Darauf aufbauend erarbeiten die Teilnehmenden Möglichkeiten, wie sie intervenieren können, wenn ihnen Rechtsextremismus im Alltag und bei der Arbeit begegnet. Wichtig ist hierbei die Vernetzung mit Ansprechpartnern, die Hilfe, Informationen und Unterstützung anbieten.

Im Schwerpunkt Praxisbezug entwickelt die Gruppe gemeinsam Ideen, wie sich in ihren Lebens- und Arbeitsbereichen Veränderungen anregen lassen. Diese ersten Projektkonzepte werden beim Abschlusskolloquium vorgestellt – einige davon wurden und werden bereits in den einzelnen Regionen umgesetzt, auch mit Hilfe der Projektleitung. Das Ziel der Fortbildung, die erarbeiteten Inhalte im Arbeitsalltag vor Ort zu etablieren, wurde damit erreicht.



Foto: Diakonie/Hermann Bredehorst

Weiterbildung für Menschen mit Lernschwierigkeiten

Als das Projekt „Demokratie gewinnt!“ in den verschiedenen sozialen Arbeitsfeldern der Diakonie Sachsen vorgestellt wurde, zeigte sich, dass vor allem Mitarbeitende daran interessiert waren, die mit Menschen mit Behinderung arbeiten. Diese werden besonders häufig von Rechtsextremen angefeindet, angegriffen oder ausgenutzt. Die Rechtsextremen versuchen beispielsweise, das Wahlverhalten behinderter Menschen zu beeinflussen, indem sie ihnen Unterstützung anbieten, Informationsveranstaltungen organisieren oder Initiativen unterwandern.

Vor diesem Hintergrund entstand die Idee, Menschen mit Lernschwierigkeiten aus diakonischen Werk- und Wohnstätten direkt weiterzubilden, sie als Zielgruppe rechter Gruppierungen wahrzunehmen, gegen Instrumentalisierung zu stärken und sie vor Anfeindungen zu schützen. In Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner des Projektes – der Diakonischen Akademie für Fort- und Weiterbildung – und in Verknüpfung der beiden Projekte „My rights – my voice“ und „Demokratie gewinnt!“ war es möglich, diese Idee umzusetzen. Der ursprünglich neuntägige Kurs wurde neu konzipiert und an die speziellen Bedürfnisse und Ansprüche von Menschen mit Lernschwierigkeiten angepasst.

Fünf Tage lang werden die Projektinhalte mit erprobten Methoden des Projektes „My rights – my voice“ vermittelt. In Gruppenarbeiten, Präsentationen, Rollenspielen und Unterrichtsgesprächen tauscht die Gruppe eigene Erfahrungen aus und erarbeitet gemeinsam aktive Teilnahmeformen. Durch die Kombination der Kursinhalte mit der Ausbildung zur Trainerin beziehungsweise zum Trainer, ergänzt durch viel Zeit zum Üben, erreichen die Teilnehmenden eine hohe Sicherheit im Umgang mit den Methoden und Materialien, die sie später in ihrer Rolle als Demokratiestifter anwenden können. Unterstützt von Betreuern, die diese Weiterbildung ebenfalls absolvieren, sind die Teilnehmenden im Anschluss als Multiplikatoren für Menschen mit Behinderung in ihren Einrichtungen beziehungsweise Werken tätig. Der Kurs versetzt sie in die Lage, selbstbewusst, fachlich fundiert und abwechslungsreich Trainings durchzuführen und in Alltagssituationen – beispielsweise wenn Menschen diskriminiert werden – kompetent zu handeln. Den Abschluss des Kurses bildet eine Präsentation in Form einer Trainingseinheit.

Eigene Projekte umsetzen



Foto: Hermann Bredehorst

In meinem Arbeitsumfeld betreue und koordiniere ich Projekte, die sich rund um die Themen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, Stärkung von Demokratie und Bekämpfung von rechtsextremistischen Bestrebungen junger Menschen drehen. So schien es nur logisch und konsequent, an der Qualifizierung zur Multiplikatorin für Demokratieförderung teilzunehmen.

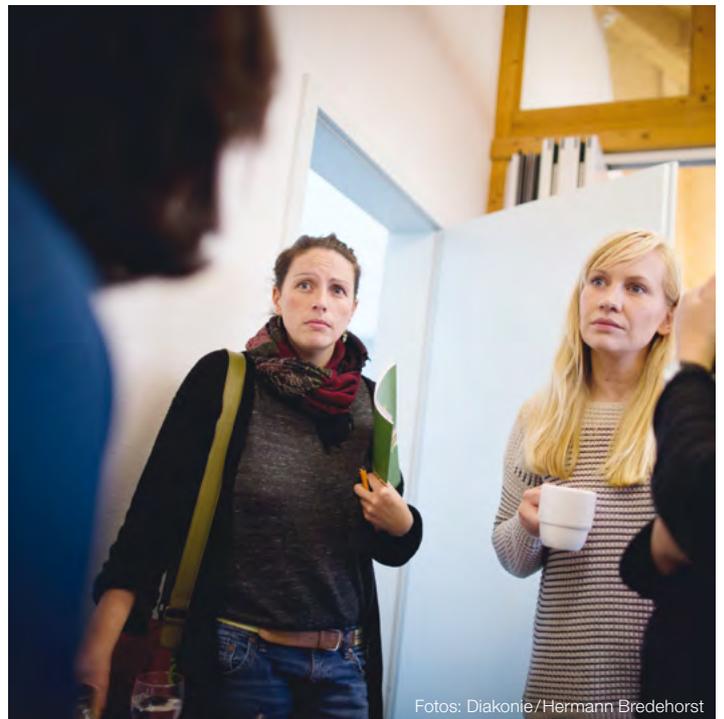
Zu Beginn war ich mehr als gespannt, was mich in den einzelnen Modulen erwartet. Ich erhoffte mir, ein wenig Handwerkszeug mitzunehmen, um Projektträger zu beraten und möglicherweise auch eigene Projekte umzusetzen. Im Verlauf der Qualifizierung wurden meine Erwartungen mehr als erfüllt. Neben vielen verschiedenen Methoden wurde sehr viel Wissen vermittelt, das sich als sehr sinnvoll für mein Arbeitsumfeld herausstellte. Bereits während der Module entstanden viele Ideen, das Erlernte in den Arbeitsalltag aufzunehmen und neue Dinge umzusetzen.

Die Qualifizierung trug maßgeblich zur Initiierung eines Fachtags zum Thema im Landkreis Eichsfeld bei. Auch in Zukunft möchte ich bei der Beratung von Projektträgern, in meiner Organisation und in deren Umfeld genauer hinschauen und hoffentlich meinen Beitrag zu mehr Demokratie und Beteiligung leisten.

Ulrike Fricke,
Externe Projektkoordinatorin,
Johannitergut Beinrode

Wie alle Demokratiestifter nehmen auch die Menschen mit Lernschwierigkeiten an Netzwerktreffen teil, tauschen sich intensiv mit anderen aus und bilden sich gemeinsam mit ihnen weiter, gestalten Aktionen und Veranstaltungen. Sie werden somit als ernstzunehmende Partner im Ringen um Demokratie und Nicht-Diskriminierung in unserer Gesellschaft wahrgenommen und positionieren sich auch außerhalb ihrer Einrichtungen zu Themen wie Neonazismus und Diskriminierung.

Mit diesem Engagement verbunden ist das Ziel, ein vorurteilsfreies, inklusives Miteinander zu erreichen und neue Möglichkeiten der Teilhabe für alle zu schaffen. Der Vorstand der Diakonie Sachsen und die Geschäftsführer der einzelnen Werke sind stets einbezogen in den Prozess. Auf diese Weise ist es mittelfristig möglich, ein aktives Netzwerk der Demokratiestifter zu etablieren und die Themen Demokratieförderung und Beteiligung zu stärken.



Fotos: Diakonie/Hermann Bredehorst

Teil 2

Hintergründe



Wissen für die Praxis

Foto: Diakonie/Hermann Bredehorst

Was ist Demokratie, was ist Rechtsextremismus, was Rassismus, wie sehen Frauen- und Männerbilder in der rechtsextremen Szene aus, wie mit rechtsextremen Vorfällen umgehen?

Pluralistische Demokratie

Demokratie der Vielfalt

Ralph Gabriel und Ingo Grastorf

„Demokratie gewinnt!“ So lautet das Motto der diakonischen Projekte. Doch was ist unter „Demokratie“ zu verstehen? Schließlich nennt sich sogar die NPD „nationaldemokratisch“, und doch ist sie rechtsextrem. Der Begriff wird offenkundig sehr unterschiedlich benutzt. Es ist also notwendig, ihn deutlicher zu bestimmen.

Unser Demokratieverständnis ist pluralistisch orientiert. Pluralismus ist demnach das wesentliche Strukturelement der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich dem Erhalt einer heterogenen Gesellschaft verschrieben hat und die Besonderheit jedes Menschen bewusst anerkennt.

Eine pluralistische Gesellschaft ermöglicht allen Mitgliedern einen größtmöglichen Spielraum, um ihre individuellen und gruppenspezifischen Verhaltensweisen zu verwirklichen. Die wesentlichen Merkmale des Pluralismus sind eng verknüpft mit dem Schutz der Menschen- und Grundrechte, mit dem Gemeinwohl und der Gerechtigkeit sowie (auf staatlicher Ebene) mit dem positiven Recht (Rechtsstaatlichkeit) und den politischen Spielregeln (Parlamentarismus).

Homogene Demokratieauffassungen widersprechen dieser Position. Sie gehen davon aus, dass eine Gesellschaft aus gleichen Mitgliedern besteht, Vielfalt ist nicht gewünscht. Das Gemeinwohl ist eindeutig bestimmbar und vorgegeben, es gilt mehr als das konkrete Wohl der einzelnen Mitglieder. Solche Auffassungen schränken die Freiheitsrechte des Einzelnen ein und diskriminieren Minderheiten. Für diese ist in einer homogenen Gesellschaft kein Platz, sie werden ausgegrenzt.

Die Grundrechte

Die Grundlage für eine pluralistische Demokratie sind die Grundrechte, die im Grundgesetz festgeschrieben sind. Gibt es in einer Demokratie Mehrheitsentscheidungen, die diesen Grundrechten widersprechen, können diese Entscheidungen rechtlich angefochten werden. Außerdem gilt für eine pluralistische Demokratie, dass die Grundrechte der Mitglieder durch Abwägen miteinander ausgeglichen werden müssen. Es wird also immer wieder überprüft, wo das Recht einer einzelnen Person beginnt und wo es endet, wenn es beispielsweise mit den Grundrechten anderer Personen kollidiert. Dies ist ein ständiger Aushandlungsprozess, denn ein Eingriff in die Grundrechte muss verhältnismäßig sein.

Bei den Grundrechten nimmt das Grundrecht auf die Unantastbarkeit der Würde des Menschen (Artikel 1 Grundgesetz) eine zentrale Rolle ein. Doch die Realität in Deutschland entspricht nicht immer dieser humanitären Forderung. Die Würde vieler Menschen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft, mit Migrationsgeschichte, unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung wird immer wieder bedroht und verletzt – und das, obwohl das Grundgesetz die Gleichheitsrechte garantiert.

Die Gleichheitsrechte beziehen sich auf die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz, auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, und sie verbieten Diskriminierung. Wörtlich heißt es im Grundgesetz: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse¹, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Das Grundgesetz enthält noch weitere Grundrechte. Am wichtigsten ist das Grundrecht auf Freiheit. Hierbei geht es um die Freiheit auf Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, es geht aber auch um Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, um die Meinungs- und Informationsfreiheit, die Freiheit der Presse, Versammlungsfreiheit, Vereins- und Koalitionsfreiheit, die freie Berufswahl und die Unverletzlichkeit der Wohnung.

Weitere Grundrechte sind zum Beispiel die Verfahrensrechte. Sie beziehen sich auf den Rechtsschutz und verschiedene Rechtswege, die in der pluralistischen Demokratie garantiert sein müssen. Dazu gehören auch die Garantie des rechtlichen Gehörs sowie das Asylrecht für politisch verfolgte Menschen. Schließlich sind auch institutionelle Garantien für Ehe und Familie, Eigentum, Erbrecht und Ausbildung als Grundrechte festgeschrieben.

Der Schutz der Grundrechte

Der Zusammenhang zwischen pluralistischer Demokratie und der Sicherung der Grundrechte ist eigentlich selbstverständlich. Denn der Staat ist seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber verpflichtet, ihre Grundrechte zu respektieren und vor den Eingriffen anderer zu schützen (Schutzpflicht). Das gilt besonders im Bereich der sozialen Rechte: Dort hat der demokratische Staat dafür zu sorgen, dass die Mitglieder diese Rechte auch ausüben können (Gewährleistungspflicht).

Der Konflikt zwischen den politischen Mehrheitsentscheidungen und den Grundrechten des Einzelnen ist zumeist durch ein ungleiches Kräfteverhältnis geprägt: Auf der einen Seite steht die Mehrheitsgesellschaft, die sich auf die Institutionen und das Rechtssystem des Staates stützen kann, auf der anderen Seite steht der Einzelne, der seine Grundrechte einfordert. Dieser Konflikt tritt dann offen zu Tage, wenn eine einzelne Person ihre Grundrechte missachtet sieht und dies gerichtlich überprüfen lässt.

Grundrechte zu achten heißt in erster Linie, sich ständig der Spannung bewusst zu sein, die zwischen den Rechten und Pflichten aus demokratischen Entscheidungen sowie den Institutionen des Staates auf der einen Seite und den persönlichen Grundrechten auf der anderen Seite erwächst. Die

Würde des Menschen wird dabei dadurch gewährleistet, dass das Wohl der Mehrheitsgesellschaft nicht über das Wohl des einzelnen Menschen gestellt wird.

Die Menschenrechte

Viele Grundrechte des Grundgesetzes sind darüber hinaus Menschenrechte, das heißt, sie gelten nicht nur für Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, sondern für alle Menschen. In Artikel 1 Absatz 2 des Grundgesetzes heißt es: „Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Auf dieser Grundlage werden alle internationalen Menschenrechtskonventionen und Pakte, die Deutschland ratifiziert und damit anerkannt hat, zu unmittelbar anwendbarem Recht in Deutschland. Damit sind sie der Maßstab, um deutsche Gesetze anzuwenden und auszulegen.

¹ In Artikel 3 des Grundgesetzes wird der Begriff „Rasse“ verwendet. Dieser Begriff geht von der wissenschaftlich nicht haltbaren Konstruktion sogenannter „menschlicher Rassen“ aus. Der unkritische Umgang mit diesem Begriff wirkt sich ungünstig auf die Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Problem des Rassismus aus.

Im Überblick

Rechtsextremismus

Henning Flad

Was ist gemeint, wenn von Rechtsextremismus die Rede ist? Im Folgenden werden in aller Kürze verschiedene Erscheinungsformen von Rechtsextremismus in Deutschland dargestellt.

Rechtsextremismus ist eine Sammelbezeichnung für verschiedene, sich teilweise widersprechende Ideologien, Organisationen und Aktivitäten. Gemeinsamer Kerngedanke ist die Vorstellung der Ungleichwertigkeit des Menschen. Zu Elementen rechtsextremen Denkens zählen insbesondere Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Verharmlosung oder gar Leugnung der Verbrechen des Nationalsozialismus, Autoritarismus, Wohlstandschauvinismus und Gewaltverherrlichung. Rechtsextrem im engeren Sinne ist, wer ein Weltbild hat, das sich aus mehreren dieser Ansichten zusammensetzt. Davon zu unterscheiden sind Menschen, die nur einzelne Elemente dieses Denkens vertreten.

Kein Randphänomen

Rassismus und Antisemitismus beispielsweise sind keine Randphänomene in unserer Gesellschaft. Studien, unter anderem der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld, zeigen, dass Rassismus und Antisemitismus in Deutschland weit verbreitet sind, und keineswegs nur im Osten oder unter Jugendlichen. Wahlergebnisse etwa der NPD oder die Zahl von Gewaltstraftaten spiegeln die tatsächliche Verbreitung rechtsextremer Weltbilder nur unzulänglich wider. Die meisten Rechtsextremen wählen nicht die NPD, sondern eine der demokratischen Parteien.

Vom herkömmlichen Rechtsextremismus zu unterscheiden sind sogenannte Rechtspopulisten. Diese beziehen sich verbal positiv auf das Grundgesetz, greifen jedoch wesentliche Grundrechte an. Rechtspopulisten fallen beispielsweise dadurch auf, dass sie auf primitive Weise Stimmung gegen

Muslimen in Deutschland machen. Dadurch stellen sie das Grundrecht auf Religionsfreiheit infrage. Zusätzlich gilt: Je stärker eine Gruppierung rechtsextrem eingestellt ist, desto eher ist sie kirchenfeindlich ausgerichtet. Neonazistische Ideologie ist aufgeladen mit neuheidnischer Mythologie. Dazu gehört zum Beispiel die Verehrung der nordischen Gottheiten Odin und Wotan.

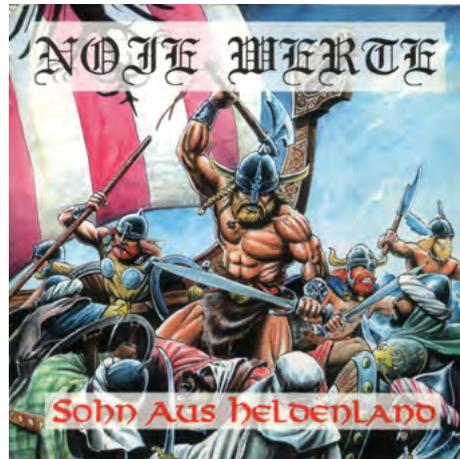
Erscheinungsformen

Die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus lassen sich grob unterscheiden in einen aktionsorientierten und subkulturellen, einen diskursorientierten sowie einen parteiförmig organisierten Bereich.

Rechtsextreme Parteien existieren seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die mitgliederstärkste ist die neonazistisch orientierte NPD. Sie ist gegenwärtig in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag vertreten, befindet sich aber spätestens seit 2012 in einer tiefen Krise – bedingt durch Misserfolge bei Wahlen, Personalquerelen und finanzielle Schwierigkeiten.

Kleinere Parteien, die rechtskonservatives bis rechtsextremes Gedankengut vertreten, sind die Splitterparteien „Die Republikaner“, „Die Freiheit“ und „Pro Deutschland“. Neonazisten organisieren sich oft in sogenannten Kameradschaften, die in der Regel auf formale Mitgliedskarteien verzichten. Viele Angehörige dieser „Kameradschaften“ sind gleichzeitig Mitglied in der NPD. Sie finden sich aber auch unter den Mitgliedern der Kleinstpartei „Die Rechte“. Diese Partei wurde im Jahr 2012 von ehemaligen Mitgliedern der Deutschen Volksunion sowie Neonazisten gegründet. Sie ist als Konkurrenzprojekt zur NPD angelegt und soll möglicherweise auch als „Auffangbecken“ bei einem möglichen NPD-Verbot dienen.

In Deutschland existieren auch rechtsextrem orientierte Organisationen von Menschen mit Migrationshintergrund. Am bedeutsamsten ist hier der deutsche Ableger der türkischen „Milliyetçi Hareket Partisi“ (MHP, deutsch: „Partei der



Quelle: Links: „Hassgesang“: Alte Kraft soll neu entstehen (2005); Mitte: „Noie Werte“: Sohn aus Heldenland (1996); Rechts: „Forest“: In the Flame of Glory (2005)

CD-Cover neonazistischer Bands: NS-Verherrlichung und Wikingerkult.

Nationalistischen Bewegung“), landläufig unter dem Namen „Graue Wölfe“ bekannt. Sie treten unter dem Namen „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland“ oder „Türk Federasyon“ (Türkische Föderation) oder kurz ADÜTDF auf.

Insbesondere seit 2014 erzielten verschiedene Formen von Rechtspopulismus Erfolge in Deutschland: „Alternative für Deutschland“ (AfD) sowie Gruppen wie „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida).

Subkultur

Musik ist derzeit das wichtigste Mittel, um rechtsextremes Gedankengut unter Jugendlichen zu verbreiten. Dies geschieht über den Verkauf oder auch die Verteilung von CDs auf Schulhöfen, über einschlägige Videos bei YouTube und anderen Online-Plattformen und über Download-Angebote im Internet. Die NPD setzt mit sogenannten Schulhof-CDs gezielt rechtsextreme Musik in ihren Wahlkämpfen ein. Zu den bedeutenderen Bands zählen „Landser“, „Skrewdriver“, „Hassgesang“, „Die Lunikoff Verschwörung“, „Noie Werte“, „Stahlgewitter“, „Kraftschlag“, „Burzum“ und „Absurd“.

Codes und Symbole

Jugendliche Rechtsextreme, vor allem Anhänger des subkulturellen Rechtsextremismus drücken ihre Zugehörigkeit zur Szene insbesondere durch ihren Kleidungsstil sowie durch zahlreiche Codes und Symbole aus. Letztere dienen zum Teil auch dem Zweck, das Strafrecht zu unterlaufen. Von Bedeutung sind insbesondere die Codes:

Die Zahl 18 steht für Adolf Hitler und die Zahl 88 verschlüsselt den verbotenen Gruß „Heil Hitler“. 14 – beziehungsweise „14 words“ – steht für einen in der Szene weit verbreiteten Glaubenssatz von RassistInnen und Neonazis: „We must secure

the existence of our people and a future for white children.“ Auf Deutsch heißt dies: „Wir müssen die Existenz unseres Volkes und die Zukunft für die weißen Kinder sichern.“ Populär ist auch eine schwarz-weiß-rote Fahne: als historisches Gegenstück zu den demokratischen Farben Schwarz-Rot-Gold.

Rechtsextreme verwenden außerdem zahlreiche verschiedene Symbole, viele davon mit nordisch-heidnischem Bezug. Das Verwenden von Runen allein ist kein eindeutiger Beweis für die Zugehörigkeit zur rechtsextremen Szene, sie sind aber in diesen Kreisen populär. Von Bedeutung sind insbesondere Lebens- und Todesrunen sowie der sogenannte Thorshammer, der oft an einer Halskette getragen wird. Als Symbol mit stärkerem Bezug zum Nationalsozialismus taucht häufiger die sogenannte Schwarze Sonne auf T-Shirt, CD-Covern und Buttons auf. Dazu kommen die klassischen NS-Symbole wie Doppelsiegrune oder Hakenkreuz, deren Verwendung in Deutschland strafbar ist.

Eine ausführliche Übersicht über die einschlägigen Symbole findet sich unter www.dasversteckspiel.de.

Kleidungsstil

Während weithin noch das Klischee besteht, dass der Skinheadstil mit Bomberjacken und Springerstiefeln in der Szene dominiert, haben sich seit langen Jahren schon in einer ganzen Reihe von Jugendkulturen, insbesondere bei den Gothics und im Black Metal, rechtsextreme Flügel herausgebildet. Seit 2014 häufen sich – als Kuriosum – auch Berichte über sogenannte „Nipster“: Neonazis, die sich am Stil der großstädtischen Hipster orientieren, mit den Accessoires Vollbart, sogenannten Tunneln im Ohr sowie Jutebeuteln.

Gegenwärtig dominiert in der neonazistischen Szene der Stil der „Autonomen Nationalisten“. Diese orientieren sich optisch an der linksautonomen Szene sowie an der Hardcore-Jugend-szene. Typische Elemente dieses Stils sind Basecaps und Kapuzenjacken sowie das Auftreten als „schwarzer Block“, dunkel gekleidet, mit Sonnenbrillen und Handschuhen. Weiterhin gibt es eine ganze Reihe von Kleidungsmarken, die der rechtsextremen Szene zuzurechnen sind. Populär sind insbesondere: „Thor Steinar“, „Erik & Sons“, „Masterrace Europe“ und „Rizist“. Traditionell in der Skinheadszene beliebte Marken wie Lonsdale, Fred Perry und Ben Sherman werden zwar weiterhin auch von Szeneangehörigen getragen, sind aber kein sicheres Erkennungsmerkmal für Rechtsextremismus.

Diskursiv orientierter Rechtsextremismus

Auch durch Printmedien wird rechtsextremes Gedankengut verbreitet. Wesentlich sind die von der NPD herausgegebene „Deutsche Stimme“, die monatlich erscheinende Zeitschrift „zuerst“ und die wöchentlich erscheinende „National-Zeitung“. Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und die Theoriezeitschrift „Sezession“ sprechen rechtskonservative Kreise an. Diesem Umfeld entstammt auch die „Identitäre Bewegung“, die mit Hass auf den Islam Stimmung gegen Migranten macht und völkisches Gedankengut verbreitet.

Das Internet bietet zahlreiche Möglichkeiten, Hasspropaganda zu verbreiten oder sich zu vernetzen: über zahllose rechts-extreme Internetseiten, in sozialen Netzwerken, per Blog, per YouTube, in Musiktaschbörsen oder per Online-Versandhandel. In Deutschland sind von Bedeutung insbesondere die neonazistisch orientierte Internetseite „Altermedia“ sowie das rechtspopulistische und islamfeindliche Blog „Politically Incorrect“.

Gewalt

Rechtsextreme waren seit 1990 für den Tod von bis zu 184 Menschen verantwortlich. Der dramatischste Fall war die Mordserie der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die im Herbst 2011 bekannt wurde. Der Prozess gegen die überlebende mutmaßliche Haupttäterin Beate Zschäpe und weitere Helfer der Gruppe begann im Frühling 2013. In der Aufarbeitung der Verbrechenserie in Untersuchungsausschüssen auf Landes- und Bundesebene zeigte sich ein erhebliches Maß an Versagen und an Rassismus bei den Behörden. Aber auch unterhalb der Schwelle zum organisierten Terrorismus gibt es rechtsextreme Gewalt in Deutschland. Migranten, alternative Jugendliche und andere werden insbesondere in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands von Gewalt bedroht.



Neonazistische Symbolik auf Kleidungsstücken

Frauen und Mädchen in der Szene

Der Großteil der Gewaltstraftaten wird von jungen Männern begangen. Auch in den Mitgliedszahlen einschlägiger Organisationen sind Jungen und Männer überrepräsentiert. Als Faustregel gilt: je radikaler die Gruppe, desto geringer der Anteil an Frauen und Mädchen. Traditionale Vorstellungen von Männlichkeit, die einseitig an körperlicher Kraft und Trinkfestigkeit orientiert sind, spielen eine zentrale Rolle für die Psychologie männlicher Szeneangehöriger. Dennoch ist zu betonen: Frauen und Mädchen nehmen eine zunehmend wichtige Stellung in der Szene ein. Sie sorgen für den sozialen Kitt in den Gruppen, bieten eine vermeintlich harmlosere Fassade an – und sie hetzen auch zu Gewalttaten auf. In der Verbreitung von rechtsextremen Einstellungsmustern gibt es keinen signifikanten Unterschied zwischen Frauen und Männern (siehe zu dieser Frage auch den ausführlichen Beitrag von Esther Lehnert, Seite 40–42).

Gesetzeslage in Deutschland

Das Zeigen bestimmter Symbole, etwa des Hakenkreuzes oder des Hitler-Grußes, ist in Deutschland verboten – als „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ (§ 86a Strafgesetzbuch, StGB). Wer beispielsweise öffentlich eine Hakenkreuzfahne zeigt, macht sich strafbar, weil die NSDAP eine in Deutschland verfassungswidrige und damit verbotene Organisation ist. Dient die Darstellung jedoch beispielsweise zu Aufklärungszwecken, etwa in einem Schulbuch, ist die Verwendung erlaubt.

Strafbar ist unter anderem auch Volksverhetzung (§ 130 StGB). Unter diesen Paragrafen fällt auch die Leugnung von nationalsozialistischen Verbrechen (sogenannte „Auschwitzlüge“). Ein weiteres Instrument in der juristischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremen sind Vereins- und Parteienverbote. Zahlreiche neonazistische Gruppen und Grüppchen wurden nach dem Vereinsgesetz verboten. Gegenwärtig wird ein Antrag auf Verbot der NPD bearbeitet – die nach dem Parteiengesetz und damit durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden müsste. Ein erster Versuch, die NPD zu verbieten, war im Jahr 2003 gescheitert. Im Dezember 2012 beschlossen die Bundesländer, einen erneuten Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen.



Fotos: Diakonie/Hermann Bredehorst



Geschlechterrollen im modernen Rechtsextremismus

„Richtige Kerle“ und „wahre Frauen“ und was das mit Sozialer Arbeit zu tun haben kann

Dr. Esther Lehnert

Die Ideologie der rechtsextremen „Volksgemeinschaft“ beruht auf traditionellen Geschlechterbildern, die vorschreiben, wie Männer und Frauen zu sein haben und welche Aufgaben ihnen zukommen. Die Rollen sind klar verteilt: Männer sind „richtige Kerle“ und Frauen sind „wahre Frauen“. Ohne diese Zuschreibungen würde die „Volksgemeinschaft“ zusammenfallen wie ein Kartenhaus.

Frauen und Mädchen im modernen Rechtsextremismus

Mädchen und Frauen, die sich im Rechtsextremismus engagieren, wurden jahrelang von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen oder auf die Rolle der Freundin/Frau eines rechtsextremen Mannes reduziert. Obwohl bei rechtsextremen Frauen und Männern kein Unterschied festgestellt werden kann, wenn es um das Maß und die Intensität ihrer rechtsextremen Einstellung geht, setzt sich die Gesellschaft nur selten mit rechtsextremen Frauen auseinander. Zwar sind rechte Frauen seit der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt, doch nach wie vor werden sie unterschätzt.

Das rechtsextreme Frauenbild geht von einer „weiblichen Natur“ aus. Frauen sind demnach vor allem Mütter, die sich um den Nachwuchs kümmern. In der völkischen Ideologie hat die Frau dabei eine wichtige Rolle: Sie sorgt für Nachkommen und ist „Hüterin der Rasse“. Auch die fürsorgende, bewahrende Rolle wird ihr zugeschrieben. Es sind die Frauen, nicht die Männer, die für die Moral der Rechtsextremen zuständig sind. Solange sie diese geschlechtsspezifischen Zuschreibungen erfüllen, wird Mädchen und Frauen Schutz versprochen. Frauen jedoch, die nicht den Weiblichkeitsvor-

stellungen der Rechtsextremen entsprechen, wird schlichtweg ihre Weiblichkeit aberkannt. Sie werden als „Emanzen“ verunglimpft. Es sind Nicht-Frauen.

In allen rechtsextremen Lebenswelten finden sich Mädchen und Frauen. „Der moderne Rechtsextremismus ist (...) ohne das Engagement von Frauen nicht denkbar. Es sind Frauen, die in der Szene wichtige soziale Funktionen einnehmen und die Szene nach innen stärken sowie nach außen „normalisieren“,“ beschreibt das Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus die Lage in einem offenen Brief anlässlich der Debatte um den NSU (2011). Mädchen und Frauen engagieren sich zusammen mit rechtsextremen Männern als Aktivistinnen, Autonome Nationalistinnen oder rechtsextreme Kommunalpolitikerinnen. Sie sind aber auch unabhängig von den Männern aktiv. Seit 2000 ist die Selbstorganisation rechtsextremer Frauen in Frauengruppen stark angestiegen, und die Bandbreite ist groß.

Von aktionsorientierten „Mädelkameradschaften“ über den „Ring nationaler Frauen“ (RNF, Frauenorganisation der NPD) bis zur traditionell ausgerichteten „Gemeinschaft deutscher Frauen“ (GDF) sind verschiedene Gruppierungen mit entsprechenden Vorstellungen von Weiblichkeit zu finden. Denn obwohl biologistische Zuschreibungen zentral sind (die „Natur der Frau“) und die Mutterschaft innerhalb der rechtsextremen „Volksgemeinschaft“ nach wie vor eine entscheidende Rolle spielt, sind die Möglichkeiten des Engagements für Frauen vielfältiger geworden.

Das Phänomen der „doppelten Unsichtbarkeit“ – Beispiele aus der Sozialen Arbeit

Warum nur werden Frauen und Mädchen immer noch „übersehen“ und unterschätzt und warum gelingt es ihnen, unauffälliger zu agieren? Manche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter neigen dazu, rassistische Aussagen von Mädchen und Frauen eher zu entschuldigen oder mit dem Satz „Das meint sie nicht so, das sagt sie nur, um ihrem Freund/Mann zu gefallen“ zu verharmlosen. Diese Fehleinschätzung hat

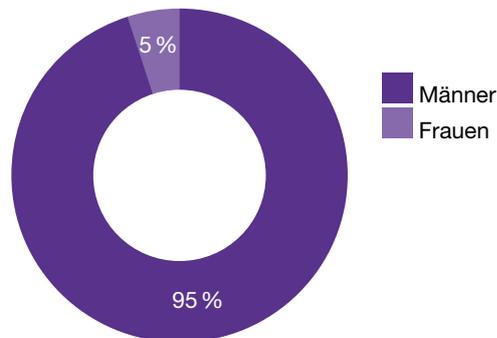
damit zu tun, dass Mädchen und Frauen nach wie vor kaum eine eigene politische Meinung oder politisches Interesse zugetraut wird. Erschwerend kommt hinzu, dass entgegen allen Tatsachen Rechtsextremismus immer noch als „männliches“ Phänomen wahrgenommen wird. Diese zwei Dimensionen der „Unsichtbarkeit“ machen sich rechtsextreme Mädchen und Frauen zunutze, sie setzen diese Klischees bewusst ein, um ihre ideologischen Ziele zu erreichen oder im Nachhinein ihre Beteiligung und Verantwortung für rechtsextreme Taten herunterzuspielen.

In der sozialen Arbeit oder im Ehrenamt sehen rechtsextreme Mädchen und Frauen Möglichkeiten, rechtsextremes Gedankengut in die Gesellschaft hineinzutragen. So spricht Hannah Schirmacher in der NPD-Zeitung Deutsche Stimme (DS 2011) von der Notwendigkeit „nationaler“ Pädagoginnen und Sozialarbeitern und fordert dazu auf, sich in diesen Berufen zu engagieren. Und so kümmern sich NPD-Funktionärinnen zum Beispiel ehrenamtlich um das örtliche Kinderschwimmen oder um den Kaffeeausschank im Familienzentrum. Sie engagieren sich im Elternbeirat oder arbeiten als Erzieherinnen und Jugendarbeiterinnen. Auch in vermeintlichen „Bürgerinitiativen“, die sich offen gegen Flüchtlinge stellen oder die Todesstrafe für (entlassene) Sexualstraftäter fordern, präsentieren sich rechtsextreme Frauen – ganz im Sinne der rechtsextremen „Volksgemeinschaft“ – als „besorgte Mütter“. Die propagierte Sorge um die Kinder dient als willkommene Möglichkeit, sich als „gute Mutter“ zu inszenieren und zugleich rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten. Diese Strategie der Beeinflussung wird aber häufig nicht wahrgenommen. Eine rechtsextreme Aktivistin aus Mainz, Mutter von sieben Kindern und Moderatorin eines inzwischen verbotenen rechtsextremen Internetforums, schreibt: „Ich glaube, niemand würde mich mehr in den Elternbeirat unserer Schule wählen, wenn ich in der NPD wäre. Dann täte man mich als ‚bösen Nazi‘ abstem-peln und niemand würde mir mehr zuhören. So gesehen ist mein Einfluss auf die Menschen wesentlich größer, wenn ich nirgends offiziell organisiert bin.“

Männer und Rechtsextremismus

Die enorme Präsenz von Männern in rechtsextremen Zusammenhängen hingegen gilt als selbstverständlich. Laut polizeilicher Statistiken werden rechtsextreme Gewalttaten zu etwa 95 Prozent von Männern begangen. Rechtsextreme Kameradschaften und Organisationen gelten als „Männerbünde“ schlechthin.

Begangene rechtsextreme Gewalttaten



Ebenso selbstverständlich erscheinen die (hyper)maskulinen Selbstinszenierungen innerhalb rechtsextremer Jugendkulturen, die geprägt sind von offenem Sexismus und Chauvinismus: Die rechtsextreme „Volksgemeinschaft“ richtet sich ausdrücklich an „echte Kerle“.

Entsprechend wird ihm eine traditionelle Rolle zugeschrieben: Er ist der Familienernährer und der kämpferische Beschützer. In seiner Familie kommt er seinen Pflichten nach und legitimiert darüber seinen männlichen Machtanspruch über die Familie. Der „soldatische, weiße“ Mann ist das Ideal sogenannter hegemonialer Männlichkeit im Rechtsextremismus und darüber hinaus. Die große Bedeutung von (soldatischer) Stärke und Macht findet sich in zahlreichen rechtsextremen Selbstzeugnissen.

Der Mythos der Kameradschaft scheint für viele Jungen und (junge) Männer attraktiv zu sein; er repräsentiert Überlegenheit und Macht. Diese Überlegenheit bezieht sich nicht nur auf Frauen, sondern auch auf andere Männer. Die Machtstellung ist unabhängig davon, ob ein Mann über soziale, ökonomische und/oder materielle Ressourcen verfügt. Das rechtsextreme Männerbild weist den Männern diese Macht, Stärke und Überlegenheit über andere Menschen aufgrund ihres Geschlechts (und ihrer deutschen Herkunft!) zu. Diese Geschlechterrolle beruht auf der „männlichen Natur“ und ist unabhängig von gesellschaftlichen Veränderungen.

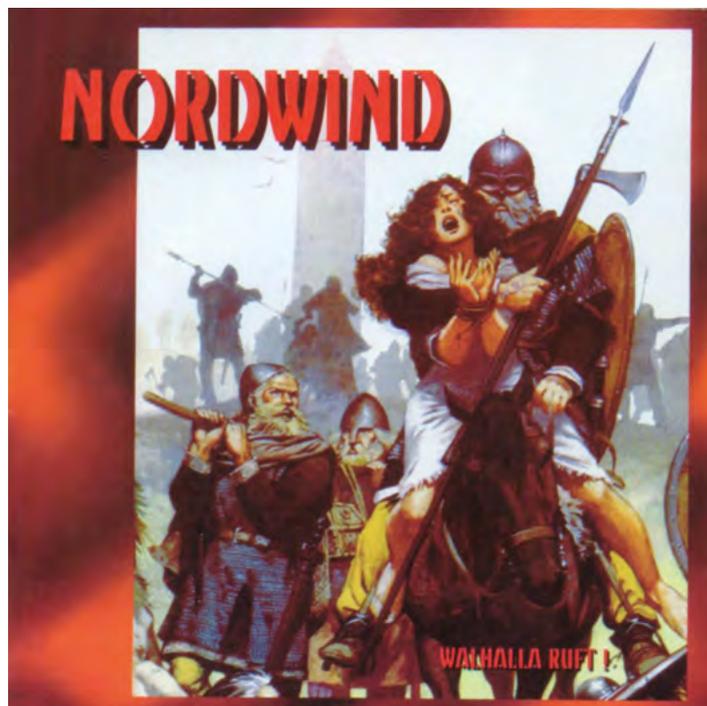
Doch die Zugehörigkeit zur rechtsextremen „Volksgemeinschaft“ hat für Jungen und Männer einen hohen Preis. Nach Pierre Bourdieu ist „Mann-Sein“ immer ein „Mann-Sein-Müssen“. Das gilt innerhalb des Rechtsextremismus viel deutlicher als in anderen Teilen der Gesellschaft. Denn das Bild des soldatischen Mannes hat keinen Platz für Schwäche, Weichheit oder Zärtlichkeit. Bereits das Bedürfnis danach gilt als weich, weiblich, unmännlich. Es wird negiert und darf nicht gelebt werden. „Weiche“ Männer gelten als „Schwuchelteln“, sie sind Nicht-Männer.

Was bedeuten diese Geschlechterrollen und traditionellen Vorstellungen über Männer und Frauen für die Soziale Arbeit?

Die Aufforderung von Hannah Schirmmacher, in die soziale Arbeit zu gehen und auf diese Weise gesellschaftlichen Einfluss zu nehmen, gilt für rechtsextreme Frauen und Männer – auch wenn nach wie vor in den meisten Bereichen sozialer Arbeit vor allem Frauen arbeiten und „richtige Kerle“ damit zunächst nichts gemeinsam haben. Und doch gibt es heute viele Studierende mit dem Fach „Soziale Arbeit“, die gleichzeitig NPD- oder Junge Nationaldemokraten-Funktionen wahrnehmen. Sie sprechen sich gegen die „Multikulti-Gesellschaft“ oder den „Gender-Wahnsinn“ aus und vertreten eine „natürliche Geschlechterordnung“.

Darüber hinaus sind rechtsextreme (junge) Männer auch Klienten und Zielgruppen sozialer Arbeit. Insbesondere in der Jugendarbeit ist es notwendig, Jungen und junge Männer mit ihren Wünschen nach Überlegenheit und Macht sowie mit ihren teilweise verdrängten Bedürfnissen nach Weichheit und Verletzlichkeit in den Blick zu nehmen und ihnen Präventionsarbeit anzubieten, die diese starren Geschlechterbilder hinterfragt.

Auch in anderen Bereichen Sozialer Arbeit sowie in vielfältigen Beratungskontexten treffen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter auf rechtsextreme Jugendliche und (junge) Männer. Vor allem hier ist es wichtig, stets daran zu denken, dass es sich bei diesen Klienten – trotz ihrer möglichen Marginalisierung oder Bedürftigkeit – um Rechtsextreme handelt. Wichtig ist es, wie grundsätzlich im Umgang mit dem Thema, ein sozialarbeiterisches Konzept zu entwickeln, das die Anliegen von rechtsextremen Klientinnen und Klienten ernst nimmt und zugleich demokratisch und menschenrechtsorientiert bleibt.



Gewaltverherrlichung und Vergewaltigungsphantasien auf dem Cover der Rechtsrockgruppe „Nordwind“: Walhalla ruft! (1995)

Rassismus

Dr. Wiebke Scharathow

Wenn in Deutschland von Rassismus die Rede ist, dann wird in der Regel nach wie vor an seine extremen Formen gedacht: An physische Gewalt, an rechtsextreme Übergriffe oder andere intentionale Handlungen, die von Individuen mit der Intention ausgeübt werden, ihre Opfer zu töten, zu verletzen, herabzuwürdigen und auszugrenzen. Rassismus ist jedoch ein weitaus komplexeres Phänomen. Er wird keineswegs immer individuell ausgeübt und kennt viele Spielarten, die eher subtil und latent wirken und häufig ein Effekt von Handlungen sind, die keineswegs rassistisch, ausgrenzend oder abwertend „gemeint“ waren. Rassismus manifestiert sich auf interindividueller Ebene ebenso wie auf institutioneller oder struktureller Ebene.

Für die angemessene thematische sowie reflexive Berücksichtigung von Rassismus in der pädagogischen (Bildungs-) Arbeit ist es daher zunächst einmal notwendig, ein Verständnis von Rassismus zu entwickeln, das auch die subtilen, die latenten und die unintendierten Effekte rassistischer Praktiken auf unterschiedlichen Ebenen einschließt und diese damit thematisier- und reflektierbar macht.

Konstitutiv für Rassismus ist die machtvolle Unterscheidung von Menschen in ein „Wir“ und „die Anderen“, wobei das „Wir“ als „normal“ und „die Anderen“ als abweichend konstruiert werden. Eine solche Einteilung von Menschen in soziale Gruppen erfolgt im Rassismus unter Rückgriff auf Abstammungs- und Herkunftslogiken, mit denen bestimmte Ideen und Vorstellungen verbunden sind. So werden in Deutschland etwa jene, die nicht dem machtvoll konstruierten Bild dessen entsprechen, was als „typisch Deutsch“ gilt, als „Andere“ markiert. Sowohl das „Deutsche“ als auch das „Andere“ ist dabei mit verschiedenen Vorstellungen und Ideen über diese Gruppen verknüpft: einem sozialen Wissen darüber, wer warum „deutsch“ ist und wer nicht.

Nach diesem Prinzip werden Menschen in unterschiedliche soziale Gruppen – in Nationen, Kulturen, Ethnien oder, wie im kolonialen Rassismus, in „Rassen“ – eingeteilt und die Unterscheidung in solche Gruppen unter Rückgriff auf soziale Wissensbestände begründet. Damit geht einher, dass den Menschen, die bestimmten Gruppen angehören oder die ihnen zugeordnet werden, bestimmte stereotypisierte Eigenschaften oder Wesensmerkmale zugeschrieben werden. Diese sozial konstruierten Bedeutungszuschreibungen beziehungsweise Wissensbestände bilden sich über einen langen Zeitraum hinweg in sozialer Interaktion und im Rahmen historischer (Macht-)Verhältnisse. Sie sind also von Menschen gemacht – und damit auch veränderbar. Im Rassismus werden sie jedoch als quasi natürlich und kaum veränderbar vorgestellt. Darüber hinaus geht mit ihnen eine Bewertung einher, die zur Hierarchisierung von sozialen Gruppen führt. Auf diese Weise wirken soziale Konstruktionen über soziale Gruppen, wenn sie sich vor dem Hintergrund von Machtverhältnissen als weithin akzeptiertes „Wissen“, als gemeinhin „gültig“ in einer Gesellschaft durchsetzen können, auch gesellschaftsstrukturierend: Als „Platzanweiser“ bestimmen sie die Position von sozialen Gruppen in einer so etablierten sozialen Ordnung und legitimieren nicht nur diese ungleichen Verhältnisse, sondern auch ungleiche Behandlung. Dieses Verständnis von Rassismus schließt an Rassismusforscher wie Robert Miles und Stuart Hall an und beschreibt Rassismus als ein gesellschaftliches und soziales Phänomen und Verhältnis, in dessen Zentrum ein System von Bedeutungs- und Wissenskonstruktionen steht, das Ein- und Ausgrenzungspraktiken legitimiert und immer auch Ausdruck von Macht- und Dominanzverhältnissen ist.



Foto: Diakonie/Hermann Breddehorst

Dieses System ist allgegenwärtig, die sozialen Wissensbestände sind allen in einer Gesellschaft lebenden Menschen bekannt. Sie haben den Charakter eines „wahren Wissens“ und stehen für das Deuten von Situationen oder als Begründung für Handlungen jederzeit zur Verfügung (vgl. Scharathow/Melter/Leiprecht/Mecheril 2009, 11). Rassismus und rassistische Praktiken sind damit Ausdruck eines wirkungsmächtigen, sozial konstruierten Unterscheidungswissens, das im Kontext der Migrationsgesellschaft bedeutsam ist und sich vielfältig manifestiert. Damit findet sich Rassismus in offenen und subtilen, in intendierten und unintendierten Formen auf allen Ebenen gesellschaftlichen Zusammenlebens: in Gruppen, bei Individuen, in Interaktion, in Institutionen und Strukturen, in öffentlichen Debatten, in den Medien und in unserem allgemeinen Wissen, am Rande der Gesellschaft und in ihrer Mitte.

Als gesellschaftliches Verhältnis betrifft Rassismus damit alle Gesellschaftsmitglieder – jedoch in sehr unterschiedlicher Weise. Denn von diesem Ungleichheitsverhältnis profitieren viele Menschen in Form von Privilegien, während viele andere mit Benachteiligungen konfrontiert sind. Für die Mehrheit der Gesellschaft bedeutet Rassismus das Privileg, das zu repräsentieren, was als „normal“ gilt und in einer Gesellschaft zu leben, die für sie gemacht zu sein scheint. Ihnen präsentiert sich Rassismus daher häufig in einem Modus der Selbstverständlichkeit – etwa der Selbstverständlichkeit zum hegemonialen „Wir“ und nicht zum „Sie“ zu gehören – und führt nicht unbedingt zu Irritationen und Verletzungen, sondern zu dem Privileg, sich mit Rassismus auseinandersetzen zu können, es nicht zu müssen. Hingegen gibt es zugleich eine Vielzahl von Menschen, denen in diesem Verhältnis eine Position als „Andere“ zugewiesen wird und die alltäglich von Zuschreibun-

gen, Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind. Diese Menschen machen Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung.

Rassismuserfahrungen

Erfahrungen können zunächst allgemein als Auseinandersetzung mit sozialer Welt in alltäglichen Kommunikations- und Handlungspraktiken verstanden werden. Diese Auseinandersetzungen mit sozialer Wirklichkeit geschehen vermittelt über ein Geflecht von Diskursen und Praktiken, in denen soziale Bedeutungen vermittelt werden. Erfahrungen sind also in umfassender Weise in soziale Zusammenhänge eingebettet (vgl. Mecheril/Hoffarth 2009; Engelman 1999). Gleichwohl unter Rassismus, wie oben erläutert, ein gesamtgesellschaftliches Verhältnis zu verstehen ist, das soziale Wirklichkeiten prägt und in das alle Menschen – auf sehr unterschiedliche Weise – involviert sind, in diesem Sinne also alle auch Erfahrungen mit Rassismus machen, soll unter Rassismuserfahrungen hier jedoch das subjektive Erleben jener verstanden werden, die in diesem Ungleichheitsverhältnis deprivilegiert positioniert sind.

Unter Rassismuserfahrungen verstehe ich jede Erfahrung von Abgrenzung, Ausgrenzung, Abwertung und Benachteiligung, die sich an soziale Unterscheidungspraktiken anschließt, in denen auf rassistische Bedeutungskonstruktionen Bezug genommen wird. Auch hier gilt, dass Rassismuserfahrungen durchaus auch, aber keineswegs immer das Resultat von Handlungen oder institutionellen Regelungen sind, die mit der Intention der Unterscheidung, Herabwürdigung und Diskriminierung vollzogen werden. Und häufig wird nicht einmal explizit auf rassistische Unterscheidungen und Zuschreibungen zurückgegriffen. Aber dennoch können solche



Foto: Diakonie/Hermann Bredenhorst

Praktiken Rassismuserfahrungen zur Folge haben. Ein Beispiel für eine Praxis, die an soziale Unterscheidungspraktiken und rassistische Bedeutungskonstruktionen anschließt, ohne dass diese expliziert werden und ohne dass eine ausgrenzende Intention mit ihr einhergehen muss, ist die Frage: „Woher kommst du?“ (vgl. Ferreira 2003; Kilomba 2008) Hier werden bestimmte Merkmale – das Aussehen, ein Dialekt oder ähnliches – zum Anlass genommen, die befragte Person als nicht-deutsch oder als nicht-aus-Deutschland-kommend, als nicht-zugehörig zu klassifizieren. Dabei wird, meist unbewusst, auf allgemein bekannte soziale Wissensbestände zurückgegriffen, die definieren, wer warum „deutsch“ ist und wer nicht. Mit der Frage werden also soziale Bedeutungskonstruktionen relevant gemacht, die zu verstehen geben, dass der oder die Befragte von dem, was als „deutsch“ gilt, abweicht. Er oder sie wird also im Anschluss an Bedeutungskonstruktionen über ein nationales „Wir“ aus diesem „Wir“ ausgegrenzt und stattdessen in einem Außen positioniert. Das „Wir“ wird dabei implizit mithergestellt. Auch wenn sie Fragenden harmlos erscheinen mag und „nett gemeint“ ist, kann diese Frage für viele Menschen daher – unter Umständen in Abhängigkeit vom konkreten Kontext (wer fragt wie in welchem Zusammenhang?) – eine Rassismuserfahrung bedeuten.

Solche wirkmächtigen und effektvollen rassistischen Praktiken treten auf ganz unterschiedliche Weise und in verschiedenen Zusammenhängen auf, wie Philomena Essed (1991) und Paul Mecheril (1997) betonen: Sie können sowohl offen und massiv, etwa in Form körperlicher Gewalt, als auch subtil auftreten und individuell, institutionell oder medial vermittelt werden. Rassismuserfahrungen können das Resultat von Praktiken sein, die sich auf die eigene Person beziehen, aber auch die Konse-

quenz von Praktiken, die die soziale Gruppe betreffen, der Personen sich zuordnen oder der sie zugeordnet werden. Auch Praktiken, die sich an nahestehende Personen oder Personen, mit denen Menschen sich identifizieren, richten, können als Rassismus erfahren werden. Häufig wird die Erfahrung von Rassismus in spezifischen Kontexten auch antizipiert, das heißt, Personen, für die Rassismuserfahrungen zum Alltag gehören, rechnen in bestimmten Situationen mit Ablehnung, Ausgrenzung und Abwertung. Auch dies ist eine Form der Rassismuserfahrung.

Während Rassismus für Personen, die keine Rassismuserfahrungen in Deutschland machen müssen, also mit der (meist unbewussten, normalisierten) Erfahrung einhergeht, in Form von Privilegien von Rassismus betroffen zu sein, bedeuten Rassismuserfahrungen für Menschen, die in diesem Ungleichheitsverhältnis benachteiligt sind, u. a. die Erfahrung von Gewalt, von Angst, Furcht und Misstrauen, von Ohnmacht und Wut, von Nicht-Zugehörigkeit und Benachteiligung (vgl. Mecheril 1997).

Das Sprechen über Rassismuserfahrungen

Rassismuserfahrungen zum Thema zu machen ist gleichwohl ein wichtiges, doch kein leichtes Unterfangen. Denn ein differenziertes Rassismusverständnis, wie ich es oben skizziert habe, ist keineswegs Teil des allgemein gültigen Wissens über Rassismus, und die reflexive und selbstkritische Auseinandersetzung von in rassistischen Verhältnissen privilegiert Positionierten mit den eigenen Involviertheiten in dieses Ungleichheitsverhältnis ist keineswegs selbstverständlich. In der Regel herrscht ein reduktionistisches Verständnis von Rassismus vor, das diesen, wie eingangs erwähnt, nicht nur auf seine extremen Formen, sondern auch auf individuelles, intentional abwertendes, ausgrenzendes und benachteiligendes Handeln beschränkt. Zudem ist Rassismus ein moralisch hoch aufgeladenes Wort. Die meisten Menschen, die im System des Rassismus Privilegien haben, sind sich einig darin, dass Rassismus nichts mit ihnen zu tun hat.

Dies hat zur Folge, dass der Großteil der Rassismuserfahrungen, die Menschen in Deutschland machen, die alltäglichen stereotypen Zuschreibungen, die Ausgrenzungen und Abwertungen, die oft in unbedachten Praktiken oder institutionalisierten Regelungen zum Ausdruck kommen, die häufig subtil wirken und nicht unbedingt intendiert sind, kaum als Diskriminierung oder Rassismus besprechbar sind. Denn weil diese Praktiken nicht Teil der allgemeingültigen Definition von Rassismus sind, werden sie – häufig auch von den Betroffenen selbst (vgl. Terkessidis 2004; Scharathow 2014) – kaum selbstverständlich als Rassismus identifiziert und benannt. Darüber hinaus geht ein Ansprechen von Rassismuserfahrungen vor dem Hintergrund dieses Rassismusverständnisses indirekt immer auch mit einem Rassismusvorwurf einher, der aufgrund der Verknüpfung von Rassismus mit individueller Intentionalität zugleich immer auch den Vorwurf des Rassismus bedeutet. Und dies wird vehement abgewehrt.

Vor diesem Hintergrund erleben Personen, die Rassismuserfahrungen in Deutschland machen müssen, ständig, und insbesondere von jenen, die diese Erfahrungen nicht kennen, dass ihre Erfahrungen nicht ernst genommen, sondern abgewehrt werden. Häufig wird ihnen etwa unterstellt, sie seien zu sensibel oder sie würden keinen Spaß verstehen. Auch das Entschuldigen von verletzenden Praktiken, indem behauptet oder gemutmaßt wird, dass diese „nicht so gemeint“ gewesen seien, gehört zu diesen Abwehrhandlungen. Angesichts dessen entwickeln Menschen unterschiedlichste Umgangsweisen mit Rassismus; die schwierigen Bedingungen des Sprechens über Rassismuserfahrungen jedoch verhindern häufig das explizite Sprechen (vgl. Scharathow 2014).

Wenn Rassismuserfahrungen in pädagogischen Settings zum Thema werden sollen, ist es deshalb überaus wichtig, dass Pädagoginnen und Pädagogen sich deutlich gegen Rassismus positionieren und Solidarität mit jenen signalisieren, die Rassismuserfahrungen machen. Dazu gehört auch, dass Rassismuserfahrungen anerkannt und ernst genommen und nicht abgewehrt und bagatellisiert werden. Rassismus strukturiert gesellschaftliche und sozial-nähräumliche Verhältnisse und damit auch die Möglichkeitsräume des Handelns. Rassismus bedeutet daher auch, dass Personen, die im Ungleichheitsverhältnis Rassismus deprivilegiert positioniert sind und Rassismuserfahrungen machen, in rassistisch strukturierten Verhältnissen über engere Handlungsspielräume verfügen als jene, die in diesem Verhältnis privilegiert positioniert sind.

Ziel pädagogischer Arbeit könnte vor diesem Hintergrund sein, gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, wie auf Aspekte, die diese Möglichkeitsräume einengen, verändernd eingewirkt werden kann, um so Handlungsspielräume auszuweiten und ein Mehr an Handlungsfähigkeit gegen Rassismus zu erlangen.

Nach den vorausgegangenen Ausführungen sollte deutlich geworden sein, dass ein angemessenes Arbeiten und Sprechen über Rassismus und Rassismuserfahrungen keinesfalls ohne die Reflexion der eigenen sozialen Positionierung in rassistischen Strukturen von Seiten der Pädagoginnen und Pädagogen auskommt. Eine solche Reflexivität beinhaltet ein (prozesshaftes) Nachdenken über die Bedeutungen der eigenen Position in unterschiedlichen Kontexten – zum Beispiel auch ein Nachdenken darüber, inwiefern die eigene Positionierung in der konkreten Kommunikation über Rassismuserfahrungen bedeutsam ist oder werden könnte.

Bei diesem Text handelt es sich um einen gekürzten Nachdruck aus *Diakonie Württemberg (Hrsg.) 2014: Woher komme ich. Reflexive und methodische Anregungen für eine rassismuskritische Bildungsarbeit.*

Literatur

- Engemann, Jan (1999): Think different. Eine unmögliche Einleitung. In: Engemann, Jan (Hg.): Die kleinen Unterschiede. Der Cultural Studies-Reader. Frankfurt/New York: Campus, S. 7–31.
- Essed, Philomena (1991): Understanding Everyday Racism: An Interdisciplinary Theory: SAGE Publications.
- Ferreira, Grada (2003): Die Kolonisierung des Selbst – Der Platz der Schwarzen. In: Steyerl, Hito/Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (Hg.): Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik. Münster: Unrast, S. 146–165.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg: Argument.
- Kilomba, Grada (2008): Plantation memories. Episodes of everyday racism. 1. Aufl. Münster: Unrast.
- Mecheril, Paul (1997): Rassismuserfahrungen von Anderen Deutschen – eine Einzelfallbetrachtung. In: Mecheril, Paul/Teo, Thomas (Hg.): Psychologie und Rassismus. Originalausg. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, S. 175–201.
- Mecheril, Paul/Hoffarth, Britta (2009): Adoleszenz und Migration. Zur Bedeutung von Zugehörigkeitsordnungen. In: King, Vera/Koller, Hans-Christoph (Hg.): Adoleszenz – Migration – Bildung. Bildungsprozesse Jugendlicher und junger Erwachsener mit Migrationshintergrund. 2. Aufl. Wiesbaden: VS, S. 239–258.
- Miles, Robert/Brown, Malcolm (2003): Racism. London/New York: Routledge (second edition).
- Scharathow, Wiebke (2014): Risiken des Widerstandes. Jugendliche und ihre Rassismuserfahrungen. Bielefeld: transcript.
- Scharathow, Wiebke/Melter, Claus/Leiprecht, Rudolf/Mecheril, Paul (2009): Rassismuskritik. In: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S.10–12.
- Sow, Noah (2008): Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. München: Bertelsmann.
- Terkessidis, Mark (2004): Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive. Bielefeld: transcript.

Schwierige Balance

Zum Umgang mit rechtsextremen Vorfällen

Michaela Seitz und Henning Flad

Probleme mit Rechtsextremismus in Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände – das ist kein abstraktes Thema. Sie können auftreten im Umgang mit Menschen, die Angebote der Diakonie nutzen, gelegentlich aber auch mit Mitarbeitenden. Worauf ist zu achten?

Im Umgang mit Klientinnen und Klienten gilt, dass diese grundsätzlich immer Unterstützung bekommen sollten, wenn sie Angebote der Diakonie wie Beratungsstellen nutzen wollen, auch dann, wenn diese Klienten ein rechtsextremes Weltbild vertreten. So sollte zum Beispiel niemand von einem Angebot der Schuldnerberatung ausgeschlossen werden, weil er oder sie die NPD unterstützt. Mitarbeitende der Diakonie können den Kontakt zu solchen Personen auch als Chance begreifen, auf deren Gesinnung Einfluss zu nehmen und ressentimentgeladenen Äußerungen klar zu widersprechen. Die Abweisung solcher Klientinnen und Klienten könnte dazu führen, dass sie in ihrer Selbstwahrnehmung als Märtyrer bestärkt und tiefer an die rechtsextreme Szene gebunden werden. Erst bei Gewaltaufrufen oder volksverhetzenden Äußerungen ist eine Grenze erreicht. Sollten solche Klientinnen und Klienten allerdings versuchen, andere für menschenverachtende Einstellungen zu gewinnen, ist es unbedingt erforderlich, dies zu unterbinden.

Rechtsextreme in der Sozialarbeit?

Seit Jahren versuchen Neonazis gezielt im Sozialbereich Fuß zu fassen. So bietet die NPD an manchen Orten selbst Sozialberatung oder Hausaufgabenhilfe an oder es wird in neonazistischen Medien dazu aufgerufen, Berufe im Sozialbereich zu ergreifen. Allerdings haben typische Angehörige vor allem der harten rechtsextremen Szene wenig Interesse daran, im Sozialbereich zu arbeiten – für sie sind Tätigkeiten etwa für private Sicherheitsdienste attraktiver. Dennoch

waren in einer Reihe von Fällen Neonazis für diakonische Einrichtungen tätig. Diese Fälle sollten ernst genommen werden.

So war bei einer diakonischen Einrichtung zur Betreuung von Behinderten in einer Kleinstadt in Ostdeutschland ein junger Aktivist aus der Neonaziszene beschäftigt. Der Mann ist Kreistagsabgeordneter der NPD und war einer der Anführer einer lokalen militanten Neonazigruppe, die vom Landesinnenministerium verboten worden war. Die diakonische Einrichtung beendete das Arbeitsverhältnis.

In einem Dorf in Westdeutschland betrieb eine rechtskräftig verurteilte Holocaust-Leugnerin eine Buchhandlung und einen Buchversand – und gleichzeitig über dieselbe Adresse und Telefonnummer ehrenamtlich eine kleine diakonische Einrichtung. Inzwischen sind diakonischer Träger und Buchgeschäft voneinander getrennt, die diakonische Einrichtung wird von anderen Menschen weitergeführt. In solch drastischen Fällen ist dann die Auflösung des Arbeitsverhältnisses die einzige Lösung, um die Glaubwürdigkeit der diakonischen Einrichtung nicht zu beschädigen.

Die Diakonie als große Arbeitgeberin

Es gibt weitere, oft nicht so schwerwiegende Fälle. Das ist nicht anders zu erwarten. Schließlich ist die Diakonie mit rund 450.000 Mitarbeitenden eine der größten Arbeitgeberinnen Deutschlands, rund 700.000 Freiwillige engagieren sich in ihren Diensten und Einrichtungen. Ein sensibler Umgang mit dem Thema setzt voraus, dass es nicht zu einer Kultur des Misstrauens und der Überwachung kommt. Leitungen diakonischer Einrichtungen sollten nicht präventiv prüfen, ob Mitarbeitende rechtsextremen Organisationen angehören – Handlungsbedarf gibt es erst bei deutlichen Hinweisen. In einigen Fällen sprachen diakonische Einrichtungen Kündigungen aus. Aus christlicher Perspektive ist aber zu betonen, dass jeder Fall, in dem nicht gekündigt wurde, zu begrüßen ist. Allen Menschen sollte immer die Möglichkeit zur Umkehr gegeben werden.



Rechtsextreme als Beschäftigte von Wohlfahrtsverbänden

Falls es Hinweise darauf gibt, dass eine beschäftigte Person einen rechtsextremen Hintergrund hat, sollte als erster Schritt grundsätzlich das Gespräch mit der beschäftigten Person gesucht werden. Ein solches Gespräch dient dazu, herauszufinden, wie fest die Person in die Szene eingebunden ist. Es ist oft einfach festzustellen, ob jemand der Neonaziszene angehört. Diese steht unter ständiger Beobachtung durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen. Auch über kleine Gruppen und deren Aktivitäten werden regelmäßig Berichte veröffentlicht. Wer also dauerhaft in der Szene aktiv ist, wird auffallen.

Auch ist in diesem Gespräch zu ergründen, ob ernsthafte Ablösungsprozesse laufen. Es ist möglich, Menschen eine zweite Chance zu geben, denn Menschen können sich glaubwürdig aus der rechtsextremen Szene lösen. In diesen Fällen sollten ernst gemeinte Hilfsangebote gemacht werden. Zwar hat eine diakonische Einrichtung vor Ort nicht die Ressourcen, um einen Ausstieg aus der Szene intensiv zu begleiten. Das ist ein langwieriger Prozess. Aber es gibt andere Akteure, die dabei helfen können. Ein solches Gespräch sollte gut vorbereitet sein: durch ein Vorgespräch mit einer lokalen mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und durch juristische Beratung.

Auch wenn jeder Fall als Einzelfall betrachtet werden sollte, gibt es natürlich auch Grenzen. Rechtsextremes Gedankengut ist unvereinbar mit der christlichen Botschaft und mit dem demokratischen Selbstverständnis einer Einrichtung.

Deshalb sind die Glaubwürdigkeit und der Ruf einer diakonischen Einrichtung gefährdet, wenn dort ein aktiver Neonazi beschäftigt ist. Arbeitsrechtliche Maßnahmen müssen aber Extremfällen vorbehalten sein. Es ist elementar wichtig für ein offenes Klima in einer Einrichtung, dass es nicht zu einer Atmosphäre der Angst kommt. Es muss Raum für die Mitarbeitenden geben, andere, auch abwegige Meinungen zu äußern. Ressentiments können nicht bearbeitet werden, wenn Menschen Angst haben zu sagen, was sie denken. Allerdings ist es möglich, Ressentiments in einer Weise klar zu widersprechen, die auf der persönlichen Ebene respektvoll ist und zwischen der abzulehnenden Meinung und der wertzuschätzenden Person trennt. Immer muss aber klar sein: Diskriminierende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

Grenzen der Einflussnahme

Aus diakonischer Sicht gehört es zum Ethos, Menschen eine zweite Chance zu geben. Dabei sollten aber die Einflussmöglichkeiten nicht überschätzt werden. Tief in der Szene verwurzelte neonazistische Aktivistinnen und Aktivisten sind mit Worten oft nicht mehr zu erreichen. Stellt sich im Gespräch heraus, dass eine beschäftigte Person stark verfestigte menschenfeindliche Einstellungen vertritt, diese durch ihre Aktivität in der rechtsextremen Szene öffentlich auslebt und keine Absicht besteht, sich von dieser Szene zu distanzieren, dann sollte der diakonische Arbeitgeber die arbeitsrechtlichen Möglichkeiten einer Kündigung prüfen und den rechtlichen Spielraum entschlossen ausschöpfen. In diesem Fall und auch generell gelten die arbeitsrechtlichen Vorgaben für eine Kündigung.

Grundsätzlich kommen bei Neonazis als Mitarbeitenden vor allem in Frage: eine verhaltensbedingte Kündigung, die Besonderheit der Kündigung von angestellten Neonazis durch „Tendenzbetriebe“ sowie eine fristlose Kündigung aus wichtigem Grund.

Eine verhaltensbedingte Kündigung ist möglich, wenn im Betrieb Straftaten verübt werden (zum Beispiel Zeigen des Hitlergrußes oder von verbotenen Symbolen, Leugnen des Holocausts). Oder auch wenn sich die rechtsextreme Gesinnung auf die Arbeit auswirkt, zum Beispiel durch rassistische Beleidigung von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund oder bei intensiver parteipolitischer Betätigung in der Einrichtung. Dann nämlich kann eine Verletzung der vertraglichen Nebenpflicht des Mitarbeitenden vorliegen, auf den Betriebsfrieden Rücksicht zu nehmen. All dies ist im Einzelfall mit juristischem Beistand sorgfältig zu prüfen und zu belegen.

Diakonie als Tendenzbetrieb

Einige Besonderheiten ergeben sich daraus, dass christliche Wohlfahrtsverbände als Tendenzbetriebe im Sinne des § 118 Betriebsverfassungsgesetz gelten. Ein Tendenzbetrieb ist ein

Betrieb, der unmittelbar und überwiegend politischen, konfessionellen oder karitativen Bestimmungen dient. Der ehemalige Ratsvorsitzende der EKD, Nikolaus Schneider, erklärte im Herbst 2011: „Die Kirchen müssen in ihren eigenen Reihen weder bei haupt- noch bei ehrenamtlichen Mitarbeitenden dulden, dass diese gleichzeitig in einer rechtsextremistischen Partei aktiv sind.“

Es fragt sich jedoch, ob die beschäftigte Person auch eine sogenannte Tendenzträgerin ist. Dies hängt davon ab, wie deutlich eine Person in der Verkündigung beschäftigt ist: Eine Pressesprecherin ist leichter zu kündigen als eine Reinigungskraft. Im Falle einer NPD-Aktivistin, die in einer von einem Verband getragenen Schule für behinderte Kinder unterrichtet hatte, konnte eine Kündigung durchgesetzt werden. Ist eine Person also Tendenzträgerin und handelt der Tendenz des Betriebes nachhaltig zuwider, dann kann eine Kündigung in Abweichung vom Diskriminierungsverbot gerechtfertigt sein. Selbst außerdienstliche Verhaltensweisen, die mit der „Weltanschauung“ des Betriebes nicht vereinbar sind, können die Kündigung rechtfertigen, wenn sie schwerwiegende Loyalitätsverstöße darstellen, zum Beispiel bei



Foto: Diakonie/Hermann Bredehorst

öffentlichem Eintreten gegen tragende christliche Grundsätze oder bei schwerwiegenden persönlichen sittlichen Verfehlungen.

In jedem Fall sollte vor der Einleitung von arbeitsrechtlichen Schritten immer eine gute juristische Beratung stattfinden. Dies kann und will dieser Beitrag nicht leisten.

Leitbilder

Leitbilder des Arbeitgebers können hilfreich sein. Diese müssen allerdings bereits beim Zeitpunkt der Einstellung existieren. In einem Fall konnte ein Neonazi seine Kündigung über längere Zeit mit dem Hinweis darauf hinauszögern, dass das Leitbild des Hauses, das sich implizit gegen Rechtsextremismus richtet, zum Zeitpunkt der Entfristung seines Arbeitsvertrags noch nicht beschlossen war. Immer ist dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten: Eine Kündigung kann nur die letzte Lösung sein, wenn keine „milderen Mittel“, zum Beispiel die Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz, zur Verfügung stehen.

Zentral: Prävention

Wichtiger als solche juristischen Fragen ist aber letztlich etwas anderes: Wer den demokratischen Auftrag seines Hauses ernst nimmt, sorgt für eine Atmosphäre, in der sich Rechtsextreme nicht wohlfühlen. Wenn eine Einrichtung eines Wohlfahrtsverbandes sich vor Ort glaubwürdig, regelmäßig und verlässlich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus positioniert, sinkt die Gefahr, dass sich Rechtsextreme auf offene Stellen bewerben. Am besten wirkt Prävention.



Zum Weiterlesen

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAG K+R) ist ein Zusammenschluss von Initiativen, Organisationen und Arbeitsgruppen. Ihre Webseite unter www.bagkr.de bietet zahlreiche Informationen, auch aus kirchlicher Sicht, und versucht allen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten und diese zu überwinden.

Sehr umfassende Hintergrundinformationen finden sich im Portal der Bundeszentrale für politische Bildung über Rechtsextremismus unter www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus.

Die Internetseite „Das Versteckspiel“ www.dasversteckspiel.de analysiert detailliert Symbole, Modemarken, Dresscodes, Musik und Szenecodes, die von der rechtsextremen Szene genutzt werden.

Die Webseite www.netz-gegen-nazis.de der Amadeu Antonio Stiftung bietet Hintergrundinformationen, ermöglicht Austausch in einem Diskussionsforum und gibt Beispiele, was man gegen Rechtsextremismus tun kann.

Umfangreiche Informationen über Rassismus sind auf der Website der Diakonie Württemberg unter www.diakonie-wuerttemberg.de/rassismuskritische-bildungsarbeit veröffentlicht. Die Websites der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de sowie der „Interkulturellen Wochen“ www.interkulturellewoche.de geben zusätzlich zahlreiche Veranstaltungshinweise.

Im Parallelbericht zur UN-Antirassismuskonvention zivilgesellschaftlicher Organisationen werden Mängel bei der Einhaltung dieses Menschenrechts in Deutschland dokumentiert. Hintergrundberichte finden sich auf der Website www.rassismusbericht.de.

Die Internetseite www.rechtefrauen.de führt in das Thema Frauen und Rechtsextremismus ein.

Das „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ (www.buendnis-toleranz.de) will das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt sammeln, bündeln, vernetzen und ihm eine größere Resonanz in der Öffentlichkeit verschaffen. Die Website www.zusammenhalt-durch-teilhabe.de informiert über die Projekte des gleichnamigen Bundesprogrammes.

Aktuelle Zahlen über Mitglieder einschlägiger Organisationen sind zu finden in den jährlichen Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie der Landesämter für Verfassungsschutz. Die Mitgliedszahlen von Anhängern rechtsextremer Gruppen sind jedoch nicht unumstritten.



Impressum

Herausgeber:

Diakonie Deutschland –
Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Verantwortlich:

Henning Flad,
Zentrum Migration und Soziales
Telefon: +49 30 65211-1777
henning.flad@diakonie.de
www.diakonie.de

Layout: COXORANGE Kreative Gesellschaft, Berlin

Redaktion: Henning Flad, Diakonie Deutschland

Lektorat: FLMH | Labor für Politik und Kommunikation

Druck: schöne drucksachen GmbH

Titelbild: Diakonisches Werk

Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e. V.

Kontaktadressen

Demokratie gewinnt!

Demokratie gewinnt! In Brandenburg!

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz e. V.
Paulsenstraße 55/56
12163 Berlin

Ansprechpartner:
Ingo Grastorf, Projektleiter
Telefon: +49 30 820 97-254
grastorf.i@dwbo.de
www.demokratie-gewinnt-brandenburg.de

Demokratie gewinnt! In Mecklenburg-Vorpommern!

Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Körnerstraße 7
19055 Schwerin
Telefon: +49 3834 8899-11
info@diakonie-mv.de
www.diakonie-mv.de

Demokratie gewinnt! Demokratiestifter in Sachsen

Diakonische Akademie für Fort- und Weiterbildung e.V.
Bahnhofstraße 9
01468 Moritzburg

Ansprechpartnerin:
Annekathrin Giegengack, Projektleiterin
Telefon: +49 35207 843 50
a.giegengack@diakademie.de
[www.diakonie-sachsen.de/
arbetsbereiche-leistungen-demokratie-gewinnt](http://www.diakonie-sachsen.de/arbetsbereiche-leistungen-demokratie-gewinnt)

Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen!

Diakonisches Werk Evangelischer Kirchen in
Mitteldeutschland e. V.
Merseburger Straße 44
06110 Halle (Saale)

Ansprechpartnerin:
Michaela Seitz, Projektleiterin
Telefon: +49 345 122 99-155
seitz@diakonie-ekm.de
[www.diakonie-mitteldeutschland.de/leistungen-
demokratie-gewinnt-in-sachsen-anhalt-und-thueringen](http://www.diakonie-mitteldeutschland.de/leistungen-demokratie-gewinnt-in-sachsen-anhalt-und-thueringen)

Demokratie gewinnt! bei der Diakonie Deutschland

Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Ansprechpartner:
Henning Flad, Zentrum Migration und Soziales
Telefon: +49 30 652 11-17 77
henning.flad@diakonie.de
www.demokratie-gewinnt.de

**Diakonie Deutschland –
Evangelischer Bundesverband**

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 652 11-0
Telefax +49 30 652 11-33 33
diakonie@diakonie.de
www.diakonie.de

Die vier Projekte in den Landesverbänden werden durch das
Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms
„Zusammenhalt durch Teilhabe“ gefördert.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages